

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA
12.
SITZUNG
18-5-1965

Presidente: BERTORELLE

V. LEGISLATURA - V. LEGISLATURPERIODE

INDICE

Disegno di legge n. 4 :

**« Stati di previsione dell'entrata e della spesa
per la Regione Trentino-Alto Adige per l'e-
sercizio finanziario 1965 »**

pag. 3

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 4 :

**« Haushaltseinnahmen- und Ausgaben-
voranschlag der Region Trentino - Tiroler
Etschland für das Rechnungsjahr 1965 »**

Seite 3

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 9,43

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 14-5-1965

MARTINELLI (Segretario questore - D.C.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale? Il verbale è approvato.

Si sono scusati: il cons. Fioreschy, che è a Riva per un congresso internazionale dei paesi alpini, ed è assente i giorni 18 e 19; l'ing. Pupp assente per una cerimonia a Novacella; il dott. Magnago è giustificato per altri impedimenti; il dott. Volgger ha presentato il certificato medico perché è ammalato; il Presidente della Giunta provinciale di Trento dott. Kessler e il cons. Santoni sono a Roma per urgenti impegni.

Prosegue la discussione generale sul *dise-*

gno di legge n. 4: « Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1965 ».

Chi chiede la parola? La parola al cons. Bernhart.

BERNHART (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! In seinen programmatischen Erklärungen hat der Herr Regionalausschußpräsident den Weg, den die Region im begonnenen Jahr gehen soll, vorgezeichnet. Der zur Diskussion vorgelegte Haushaltsvoranschlag soll die Mittel zur Verwirklichung der angedeuteten Ziele liefern.

Ich muß den programmatischen Erklärungen kritisch entgegentreten, da vor allem jeder konkrete Vorschlag fehlt, das Problem Südtirol anzugehen. Wenn auch zwischenstaatlich und innerstaatlich seit einiger Zeit Versuche laufen, die in der Provinz Bozen befriedend wirken sollen, so wäre es ein Akt der Notwendigkeit gewesen, wenn die Regionalverwaltung mit gutem Beispiel vorangegangen wäre. Der Region steht es zu, einen Großteil ihrer Zuständigkeiten fest in der Hand zu behalten oder den Provinzen und Gemeinden zu delegieren. Eine größtmögliche Abtretung der Zuständigkeit an Provinz und Gemeinden könnte jene Voraus-

setzungen schaffen, die heute angestrebt und morgen bei Gewährung einer vollen Provinzialautonomie verwirklicht werden sollen. Eine völlige Übertragung der Zuständigkeit der Region auf Provinz und Gemeinden soll aus der Region das machen, was sie in Zukunft einzig und allein sein kann und darf, und zwar ein Bindeglied zwischen Trient und Bozen, soweit gemeinsame Interessen die beiden Provinzen auf einen gemeinsamen Weg bringen.

In jahrelanger Praxis hat man feststellen können, daß die Autonomie der Provinz und Gemeinden sich segensreich für die Bevölkerung und für den Staat auswirkt. An Ort und Stelle werden die entsprechenden Probleme besser erkannt und die Entscheidungen den Begebenheiten angepaßt. Wenn hingegen die Verwaltung auf Entfernung gemacht wird, sind Kurzschlüsse und Unzufriedenheiten auf der Tagesordnung. Deshalb der hier schon viele Male wiederholte Wunsch und die Aufforderung, durch Abtretung der Kompetenzen die Provinzialverwaltung zu stärken und die Tätigkeit der Region auf ein Minimum an Koordination zu beschränken. Ich wünsche mir unter anderem eine baldige Übertragung der Kompetenzen des Feuerwehrwesens an die Provinz Bozen.

Diese in Südtirol auf Jahrhunderte zurückreichende freiwillige Schutzeinheit, wie sie bis in die kleinsten Dörfer unseres Landes besteht, muß besonders gehegt und gepflegt werden. Bis zur Übertragung der Kompetenzen auf die Provinz wären wesentliche Verbesserungen an der bestehenden Ordnung zu beschließen, Verbesserungen, die sich wesentlich auf den vorgelegten Haushaltsvoranschlag beziehen.

Nach Art. 20 des Feuerwehrgesetzes sind die Gemeinden verpflichtet, den freiwilligen Wehren die geeigneten Räumlichkeiten für den

Feuerwehrdienst wie für die Aufbewahrung und Instandhaltung aller der Wehr gehörigen Ausrüstungsgegenstände und Geräte zur Verfügung zu stellen. Nachdem in der Zeit des Faschismus und des letzten Krieges in den Gemeinden kaum die nötigsten und dringendsten den Gemeinden obliegenden Arbeiten ausgeführt wurden, haben sich nach dem Kriege die Verwaltungen vor großen Aufgaben und vor im Gemeindeinteresse stehenden Arbeiten gesehen. Dadurch ist eine allgemeine Verschuldung der meisten Gemeinden eingetreten, wodurch es der Gemeindeverwaltung beim besten Willen vielfach nicht möglich war, die im Art. 20 des Feuerwehrgesetzes vorgesehenen Feuerwehrhallen und Gerätehäuser zur Verfügung zu stellen. Es wäre also notwendig, daß aus dem Haushaltsvoranschlag der Region den Gemeinden die nötigen Geldmittel zur Verfügung gestellt würden, um auf diese Weise die Verpflichtungen, die aus dem Art. 20 des Feuerwehrgesetzes erwachsen, erfüllen zu können.

Es muß diesbezüglich darauf hingewiesen werden, daß jährlich große Geldbeträge für Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen und Geräten ausgeworfen werden und es wäre ein Jammer, wenn die mit öffentlichen Geldern angekauften Geräte wegen mangelnden Vorhandenseins von entsprechenden Räumlichkeiten zugrunde gehen müßten.

Die nötigen Mittel müssen der Feuerwehr auch zum Ankauf von Spezialgeräten für die Brandbekämpfung zur Verfügung gestellt werden. Die heutige Zeit mit dem raschen Fortschritt bringt veränderte Lebensgewohnheiten und Gefahren mit sich. Die Installation von ölbefeuerten Zentralheizungen in den meisten Häusern, die Anlegung entsprechender Lager, die Verwendung von Flüssiggasflaschen im Haushalte sind oft Ursachen für gefährliche

Brände mit Explosionsgefahr. Diese Gefahren sind noch dadurch erhöht, daß die Naftalager nicht immer unter Einhaltung der nötigen Vorsichtsmaßnahmen angelegt werden und sich in Städten und Dörfern anhäufen. Es genügt also heute nicht mehr, allein für die Wasserversorgung, für die Löschfahrzeuge oder Motorpumpen Sorge zu tragen, sondern es ist unbedingt erforderlich, daß zumindest den größeren Feuerwehren geeignete Feuerschutzbekleidung, Atemschutzgeräte mit Sauerstoff, Trockenpulverlöscher, Kohlensäurelöscher und Schaumlöscher zugewiesen werden. Die nötigen Mittel müssen von der Region aufgebracht werden, da die Wehren als freiwillige Vereinigungen sich nicht selbst die Mittel beschaffen können.

Die von mir aufgezeigten Gefahren, die durch das Vorhandensein von ölgefeuerten Zentralheizungen in den Häusern und Verwendung von Gasflaschen in den Wohnungen entstehen, bringen eine weitere Notwendigkeit mit sich. Die freiwilligen Feuerwehrmänner in den Ortschaften sind zur Löschung von üblichen Bränden ausgebildet, nicht jedoch sind die nötigen Voraussetzungen gegeben, um bei Gas- und Naftabränden bzw. Explosionen tatkräftig eingreifen zu können. Es wäre deshalb dringend notwendig, eine Feuerwehrausbildungsschule zu errichten, wo durch Abhaltung von Kurzlehrgängen die Wehrmänner die nötige Grundausbildung erhalten können.

Anläßlich der im laufenden Monat im ganzen Land abgehaltenen Feierlichkeiten zu Ehren des Schutzpatrones der Feuerwehren ist es wiederum als sehr schmerzlich empfunden worden, daß die von jeder Wehr gehaltenen Feuerwehrfahnen nicht öffentlich getragen werden konnten. Es handelt sich dabei um Fahnen, die jeweils den Hl. Florian als Schutzpatron der Feuerwehr darstellen. Es wäre sehr

zu wünschen, wenn der Herr Regierungskommissär sein in der Provinz Bozen erlassenes Verbot zur Tragung von Fahnen, wenigstens was die Feuerwehrfahnen betrifft, rückgängig machen würde und ich ersuche den Herrn Regionalausschußpräsidenten, sich in diesem Sinne einzusetzen und zu verwenden.

Da in der Diskussion zu den programmatischen Erklärungen von anderen Rednern nicht erwähnt, erlaube ich mir, diesen Regionalausschuß und die Herren Kollegen auf die Zustände im Grundbuchwesen hinzuweisen. Ich möchte diesbezüglich feststellen, daß die Überlassung der Zuständigkeit im Grundbuchwesen durch den Staat sich besonders segensreich ausgewirkt hat. Während früher die Grundbücher von staatlichen Personen geführt würden, sind heute in den Grundbuchämtern Regionalbeamte tätig, die sich in langjähriger Praxis eine genaue Kenntnis der Gesetzgebung aneignen konnten. Die früher angestellten staatlichen Beamten sind durch die üblichen und notwendigen Versetzungen dauernd gewechselt worden, so daß in vielen Fällen die notwendige Kenntnis der Materie gefehlt hat.

Wenn nun auch die Grundbuchämter zur vollen Zufriedenheit der Bevölkerung geführt werden, so ist das sicher nicht ein Grund dafür, daß man diesen Zweig der Verwaltung deshalb stiefmütterlich behandeln muß. Vor allem möchte ich da auf die Regionalämter bei den kleineren Bezirksgerichten hinweisen, wo oft die notwendige Einrichtung und vor allem die erforderlichen Räumlichkeiten fehlen. Erlauben Sie mir, daß ich als Beispiel das Grundbuchamt von Schlanders, dessen Vorstand ich 15 Jahre gewesen bin, hernehme, um zu belegen, mit welcher Schwerfälligkeit und Ungleichgültigkeit die Probleme behandelt werden. Das Grundbuch von Schlanders ist in einem alten

und in verfallenem Bauzustand befindlichen Gebäude untergebracht. Im gleichen Gebäude wohnen mehrere Familien, die ihre Küchen und Feuerstellen anschließend an den die Grundbücher beinhaltenden Räume haben. Sowohl der Fußboden als die Decke sind aus Holz und auch die Wände sind zum Teil holzgetäfelt. Bereits im Jahre 1956 wurde durch den inzwischen verstorbenen Landesfeuerwehrinspektor Geom. Ferrari die große Brandgefährlichkeit hervorgehoben und ein bezüglicher Bericht der Regionalverwaltung zugeleitet. In diesem Bericht wurde auch darauf hingewiesen, welche unersetzlichen Werte hier in Gefahr stehen und wieviele 100 Millionen Lire Schaden im Falle eines Brandes entstehen würden. Nachdem die Räumlichkeiten des Grundbuches zum Teil überhaupt ohne Tageslicht sind und zum Teil durch kleine Fenster sehr spärlich belichtet werden, arbeiten vier Beamte nun schon 15 Jahre tagaus tagein mit künstlichem Licht und sind auf diese Weise der Gefahr ausgesetzt, ihr Augenlicht zu schädigen. Das Grundbuchamt verfügt über kein Archiv und die Urkundensammlungen müssen zum Teil in einem feuchten Keller untergebracht werden. Es ist auch nicht einmal ein Abort vorhanden, da derselbe vor zwei Jahren geschlossen werden mußte. Es hat sich nämlich zugetragen, daß anlässlich der Benützung des Abortes der Fußboden durchbrach, wodurch die Person in die darunterliegende gefüllte Grube fiel. Glücklicherweise hatte der Unfall für die Person nur die Hygiene betreffende Folgen; andernfalls hätte die Regionalverwaltung für allen bezüglichen Schaden aufkommen müssen.

Obwohl der Baugrund für die Errichtung des Regionalgrundbuchamtes bereits im Jahre 1961 angekauft wurde, sind nunmehr wieder

weitere vier Jahre verflossen, ohne daß etwas geschehen wäre.

Das heute bestehende Grundbuchpersonal wäre durch Anstellung von technischem Personal zu ergänzen. Vor allem sind die Grundbuchmappen seit über fünfzig Jahren nicht mehr nachgezogen worden, wie auch andere vermessungstechnische Arbeiten dringendst notwendig wären.

Eine dringende Notwendigkeit wäre die Kompetenzzusammenlegung zwischen Grundbuch und Katasteramt. Zu diesem Zwecke möchte ich den Herrn Regionalausschußpräsidenten ersuchen, die nötigen Schritte bei der Zentralregierung einzuleiten, um die Übertragung der den Katasterämtern zustehenden Aufgaben auf die Grundbuchämter zu erlangen. Es würde sich auf diese Weise viel Doppelgeleisigkeit ersparen lassen und ein einziges Amt könnte sich mit der Eigentumsregelung, Grundstücksausweitung und -zusammenlegung befassen.

In den einzelnen Grundbuchämtern sammelt sich eine große Anzahl von Urkunden. Diese Urkunden sollten, soweit sie zeitlich eine gewisse Anzahl von Jahren zurückliegen, für die beiden Provinzen in der jeweiligen Provinzhauptstadt zusammengeführt werden. Es wäre notwendig, zu diesem Zwecke in Bozen und Trient ein zentrales Grundbucharchiv anzulegen, das von einem erprobten Grundbuchführer geführt werden sollte. Zu diesem Zwecke sollte auch das Staatsarchiv « Maretsch » von der Region übernommen werden, da sich ein Großteil der aus den einzelnen Bezirksgerichten stammenden Grundbuchurkunden dort befindet.

Hervorzuheben ist die Notwendigkeit der Neuanlegung von Grundbüchern in jenen Ge-

meinden, wo diese noch nicht bestehen und durch wesentliche und einschneidende Eigentumsveränderungen notwendig geworden sind. Ich beziehe mich dabei auf jene Gemeinden, die durch umfangreiche Grundzusammenlegungen, durch Errichtung von Stauseen, durch Dorfverlegung usw., grundlegende Eigentumsveränderungen mitgemacht haben, welche Veränderungen nur im Zuge der Neuanlegung erhoben werden können.

Wenn den Grundbuchämtern mehr Aufmerksamkeit und mehr Geldmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, so findet das außer in der Wichtigkeit der Ämter selbst auch darin seine Rechtfertigung, daß ein Großteil der Einnahmen des Regionalhaushaltes direkt oder indirekt von den Grundbuchämtern abhängt. Ich möchte erwähnen, daß die Einnahmen aus Kap. 12, Einnahmen aus Hypothekarsteuern, jährlich Lire 710 Millionen, aus Kap. 4, Bruttoertrag der Regionalforstdomäne, Lire 370 Millionen, aus Kap. 21, Gebühren der Ausstellung von Grundbuchauszügen, Lire 20 Millionen ausmachen. Wir haben so eine Einnahmen von über einer Milliarde Lire, die mit dem Grundbuchwesen in Zusammenhang zu bringen ist.

Um meine Darlegungen nicht zu lange zu gestalten und vor allem, um nicht in der allgemeinen Aussprache auf Einzelheiten eingehen zu müssen, die bei der Debatte der einzelnen Artikel des Haushaltes besser gesagt werden, erlaube ich mir, auf weitere Probleme und auf die Einzelheiten bei der Diskussion über dieselben zurückzukommen. Ich hoffe, durch meine Ausführungen einen Beitrag zur Arbeitsplanung innerhalb dieser Verwaltung gegeben und Anregungen vermittelt zu haben, die für eine gute und bessere Verwaltung verwendbar sind.

(Nelle sue dichiarazioni programmatiche il Presidente della Giunta regionale ha tracciato la via che la Regione intende percorrere nella annata iniziata. Gli stati di previsione presentati dovranno fornirci i mezzi finanziari necessari per raggiungere gli obiettivi indicati.

Devo contrapporre le mie osservazioni critiche alle anzidette dichiarazioni programmatiche soprattutto perché in esse manca qualsiasi proposta concreta atta ad affrontare la questione sudtirolese. Per quanto su scala internazionale e nazionale si stiano da qualche tempo in qua compiendo dei tentativi miranti a riappacificare gli animi della popolazione in Provincia di Bolzano, sarebbe stato tuttavia necessario che l'Amministrazione regionale avesse dato il buon esempio prima di giungere a tali tentativi. È nella facoltà della Regione di tenere fermamente in pugno gran parte delle sue competenze oppure a delegarle alle Province e ai Comuni. Cedere la massima parte possibile delle competenze alle Province e ai Comuni significherebbe creare i presupposti, i quali perseguiti oggi dovrebbero poi essere tradotti in realtà nell'accordare un'autonomia provinciale integrale. Il completo trasferimento della competenza della Regione alla Provincia e ai Comuni dovrebbe della Regione fare quanto essa in futuro dovrà e potrà essere, e cioè, l'anello di congiunzione tra Trento e Bolzano, nel limite in cui gli interessi comuni delle due Province richiederanno una vita in comune.

Nella prassi di ormai molti e lunghi anni si è potuto constatare gli effetti benefici che l'autonomia ha avuto per la popolazione e per lo Stato. In loco si riconosce e si comprende meglio la natura dei problemi da affrontare, riuscendo ad adeguare le decisioni alle necessità. Se per contro si amministra da lontano, si verificano dei corti circuiti e si provoca del malcontento. Di qui il desiderio e l'esortazione di raf-

forzare l'Amministrazione provinciale attraverso il trasferimento delle competenze, più volte sollecitata, e di ridurre l'attività della Regione ad un minimo di funzione coordinatrice. Auspicio per questo tra le altre cose il sollecito trasferimento alla Provincia di Bolzano delle competenze riguardanti il servizio antincendi.

Tale organizzazione volontaria di protezione, la cui storia nel Sudtirolo conta dei secoli e che esiste pure nei più sperduti villaggi del nostro territorio, deve essere sostenuta e incoraggiata in modo particolare. Fino a quando le relative competenze non saranno state trasferite alla Provincia di Bolzano, occorre perfezionare sostanzialmente l'ordinamento vigente, perfezionamenti che dovranno gravare soprattutto sul bilancio di previsione in discussione.

Secondo l'art. 20 della legge regionale sul servizio antincendi i comuni sono tenuti a mettere a disposizione dei corpi volontari i locali necessari a tale servizio per depositarvi e mantenere tutti gli attrezzi in dotazione. Visto che nel ventennio fascista e nel corso dell'ultima guerra i comuni a fatica hanno saputo eseguire i lavori più necessari e urgenti, le amministrazioni comunali si sono trovate nel dopoguerra di fronte a grossi compiti da risolvere. Fu per questo che la maggior parte dei comuni si è indebitata, di modo che in molti casi e nonostante le migliori intenzioni le amministrazioni comunali non erano in grado di mettere a disposizione dei corpi volontari il deposito-rimessa ecc. previsto dall'art. 20 della legge sul servizio antincendi. Sarebbe perciò necessario che ai comuni venissero erogati, dai mezzi previsti dal bilancio di previsione, i fondi necessari. Ciò per essere in condizione di fronteggiare gli impegni stabiliti dall'art. 20 della citata legge.

In proposito non va dimenticato che si spendono annualmente delle grosse cifre per l'acquisto di attrezzi di vario genere e sarebbe

pertanto un vero peccato, se tali attrezzi acquistati con il danaro pubblico dovessero risultare danneggiati o andare in rovina per la mancanza dei locali necessari.

I corpi volontari hanno peraltro bisogno anche di mezzi per l'acquisto di attrezzi speciali, indispensabili per combattere efficacemente gli incendi. L'epoca moderna in cui viviamo comporta a seguito dei rapidi progressi il sorgere di nuove abitudini e di pericoli. L'installazione di impianti a riscaldamento centrale azionati a nafta e la realizzazione dei necessari depositi, nonché l'impiego ad uso domestico di bombole di gas liquido sono spesso la causa di pericolosi incendi e di esplosioni. Tali pericoli sono maggiori in quanto i depositi di nafta non sempre vengono costruiti con il rispetto delle norme preventive; il loro numero è poi in continuo aumento tanto nei centri urbani quanto nei paesi di campagna o della montagna. Ne consegue che non basta più oggi provvedere al rifornimento idrico, alle motopompe ecc., ma occorre provvedere pure affinché perlomeno i corpi dei vigili di maggiore entità siano dotati di apposite tute protettive, di apparecchi di respirazione ad ossigeno, di spegnitori a secco o ad acido di anidride carbonica ecc. I mezzi occorrenti per tutto ciò devono essere reperiti ed erogati da parte della Regione, visto che i vigili volontari non sono in grado di provvedervi con i propri mezzi.

I pericoli da me denunciati, causati appunto dalla presenza nelle case di abitazione di impianti di riscaldamento a nafta e dall'impiego di bombole a gas, comportano peraltro ulteriori necessità. I vigili volontari nei paesi sono addestrati per lo spegnimento dei soliti incendi, non però per intervenire pure nel caso di incendi provocati da nafta o dall'esplosione di bombole a gas. Sarebbe pertanto estremamente necessario istituire una scuola per il servizio an-

tincendi, dove attraverso corsi rapidi potrebbero essere adeguatamente addestrati i vigili volontari.

In occasione delle solennità celebrate nel corso di questo mese in onore del patrono dei pompieri, è stato nuovamente registrato con rammarico che i corpi dei vigili volontari non abbiano potuto portare in corteo i propri vessilli dedicati e riproducenti l'immagine di San Floriano, loro patrono. Sarebbe pertanto molto auspicabile che il Commissario di Governo revocasse almeno per quanto riguarda i vessilli dei pompieri il divieto riguardante l'uso in pubblico di bandiere. Vorrei pertanto pregare il Presidente della Giunta regionale, di intervenire al riguardo.

Non essendo stato toccato da parte di altri oratori intervenuti nella discussione sulle dichiarazioni programmatiche, mi permetto di richiamare l'attenzione della Giunta regionale e dei colleghi sulla situazione riguardante il Libro Fondiario. Devo innanzitutto constatare che il passaggio della competenza concernente il Libro Fondiario dallo Stato alla Regione ha avuto effetti particolarmente benefici. Mentre nel passato il Libro Fondiario era tenuto da funzionari statali, oggi negli uffici del Libro Fondiario si trovano all'opera impiegati della Regione, i quali nel corso di una esperienza raccolta in molti anni hanno saputo prendere precisa conoscenza delle relative disposizioni di legge. I funzionari statali addetti nel passato a tale lavoro erano stati per le solite esigenze dei trasferimenti continuamente cambiati e sostituiti, di modo che in molti casi era venuta a mancare la necessaria conoscenza della materia.

Se ora gli uffici del Libro Fondiario risultano capo da ormai 15 anni. Ciò per dimostrare sfatta la popolazione, ciò non dovrebbe essere certamente una ragione per trattare da cenerentola tale ramo dell'amministrazione. Vorrei in-

anzitutto richiamare l'attenzione sugli uffici esistenti presso le Preture di minore importanza, dove spesso manca il necessario arredamento e finanche i locali. Mi sia al riguardo consentito di citare a mo' d'esempio l'ufficio del Libro Fondiario di Silandro, del quale sono conservatore capo da ormai 15 anni. Ciò per dimostrare con quanta lentezza e indifferenza vengono affrontati i problemi in parola. L'ufficio del Libro Fondiario di Silandro è sistemato in un antico fabbricato in pessime condizioni. Nello stesso fabbricato sono sistemate alcune famiglie, le quali hanno la propria cucina in locali adiacenti a quelli dell'ufficio del Libro Fondiario. Sia il pavimento come il soffitto sono di legno e pure le pareti sono rivestite con tavole di legno. Sin dal 1956 l'allora ispettore provinciale geom. Ferrari, purtroppo in questo frattempo deceduto, aveva sottolineato il grave pericolo di un incendio, inoltrando al riguardo un suo rapporto all'Amministrazione regionale. In tale suo rapporto egli aveva pure accennato ai valori insostituibili messi a repentaglio, parlando di un danno di molte centinaia di milioni ove dovesse verificarsi, date le precarie condizioni del fabbricato, un incendio. Visto poi che i locali dell'ufficio del Libro Fondiario di Silandro sono in parte addirittura senza la luce solare ed in altra parte illuminati dalla luce del giorno che penetra attraverso piccole finestre, quattro impiegati da ormai quindici anni sono costretti a svolgere il proprio lavoro giorno per giorno in locali illuminati da luce artificiale, esponendosi in tal modo al pericolo di rovinarsi la vista. L'ufficio del Libro Fondiario di Silandro non dispone, inoltre, di un suo archivio, ragione per cui la raccolta degli atti deve essere in parte sistemata in una cantina umida. Manca pure una toilette, dato che quella esistita prima è stata chiusa, in quanto non più utilizzabile, due anni fa. Ciò perché nel mentre fu occupata da qual-

cuno, era precipitato parte del pavimento, provocando che la persona frequentante cadesse nella cloaca colma sottostante. L'incidente fortunatamente non comportò altre conseguenze per il malcapitato se non quelle di natura igienica, altrimenti l'Amministrazione regionale avrebbe dovuto provvedere a risarcire i relativi danni.

Quantunque l'area fabbricabile per la costruzione di un nuovo ufficio del Libro Fondiario a Silandro sia stata acquistata sin dal 1961, sono trascorsi altri quattro anni senza che nulla sia stato fatto.

Il personale di tale ufficio attualmente in servizio dovrebbe essere integrato con personale tecnico. Soprattutto le mappe catastali avrebbero bisogno di essere aggiornate, essendo tuttora le stesse di oltre cinquant'anni fa, ma pure altri lavori di natura planimetrica risultano essere estremamente necessari.

Una esigenza pressante sarebbe altresì quella di unire le competenze degli uffici del Libro fondiario e del Catasto. A tal uopo pregherei pertanto il Presidente della Giunta regionale, di compiere i passi necessari presso il Governo centrale, al fine di ottenere il passaggio dei compiti demandati agli uffici del Catasto alla competenza degli uffici del Libro Fondiario. In tal modo sarebbe possibile evitare molti doppiopioni, facendo sì che un unico ufficio potrebbe occuparsi delle registrazioni tavolari, della ricomposizione particellare ecc. ecc.

Nei vari uffici del Libro Fondiario si sta accumulando un gran numero di atti e documenti. Tali atti e documenti dovrebbero secondo me essere concentrati per le due Province nei rispettivi capoluoghi una volta trascorso un determinato periodo di tempo. A tal fine sarebbe necessario istituire a Bolzano e a Trento un archivio centrale del Libro Fondiario, da affidarsi ad esperti conservatori. La Regione dovrebbe pertanto prendere in consegna l'Archivio

di Stato di Castel Mareccio, dove gran parte degli atti tavolari proveniente dalle singole Preture risulta essere raccolta.

Merita essere sottolineata pure la necessità di istituire il Libro Fondiario in quella parte dei comuni, dove a tutt'oggi non esiste e dove, in considerazione dei profondi mutamenti verificatesi riguardo alla proprietà fondiaria, è necessario venga istituito. Mi riferisco al riguardo a quei comuni, entro la cui giurisdizione territoriale attraverso la ricomposizione particellare, la costruzione di dighe, di nuove zone residenziali ecc. si sono verificati gli anzidetti mutamenti nei rapporti di proprietà, i quali potranno essere accertati e registrati solamente a seguito del reimpianto del Libro Fondiario.

Pretendendo di tenere in maggiore considerazione gli uffici del Libro Fondiario e di erogare per la loro attività maggiori fondi, ciò è giustificato non solo dalla importanza di tali uffici, ma pure dal fatto che gran parte delle entrate di cui dispone il nostro bilancio regionale è dovuta direttamente o indirettamente alla attività svolta da parte degli uffici del Libro Fondiario. Vorrei in proposito rammentare che le entrate di cui ai capitoli 4, 12 e 21 si riferiscono per quanto riguarda il cap. 12 ai proventi delle imposte ipotecarie ammontanti per anno a Lire 710 milioni; per quanto riguarda il capitolo 4 al gettito lordo del Demanio forestale della Regione ammontante a Lire 370 milioni; per quanto riguarda il cap. 21 ai diritti dovuti per il rilascio di estratti tavolari ammontanti complessivamente a Lire 20 milioni. Abbiamo, cioè, un'entrata complessiva di oltre un miliardo di Lire connessa al lavoro svolto dagli uffici del Libro Fondiario.

Per non dilungarmi oltre e soprattutto per non dover parlare nella discussione generale di particolari, i quali meglio potranno essere trattati in occasione della discussione articolata,

mi permetterò di riprendere la parola nella discussione sui singoli articoli. Spero, comunque, di avere con il mio intervento contribuito ad una migliore ripartizione del lavoro nell'ambito dell'Amministrazione regionale e di avere dato dei suggerimenti utilizzabili per una buona e migliore amministrazione).

PRESIDENTE: La parola al cons. Bolognani.

BOLOGNANI (D.C.): Dopo tre giorni di dibattito sulle dichiarazioni del Presidente Dalvit, ritengo che non resti notevole spazio per sottolineare aspetti della relazione programmatica presentata al Consiglio.

Tuttavia, in questo mio intervento voglio sviluppare delle considerazioni di carattere generale su alcuni temi, considerazioni, frutto della sensibilità che ho per esperienze personali e per contatti con parte del mondo del lavoro.

Dico subito che da parte di quell'ambiente, pur non nascondendosi le perplessità e le riserve, data anche la mole degli impegni che attendono un governo regionale, in questo momento, almeno su alcuni punti si esprime la soddisfazione e si valuta la positività di quanto è avvenuto in Regione, e in questo inizio di legislatura.

Precisamente si ritiene soddisfacente e si considera come fecondo di ulteriori sviluppi positivi:

1) l'accordo interpartitico fra D.C., P.S.D.I., P.S.I. per la formazione della Giunta di centrosinistra in Regione e nella Provincia autonoma di Trento;

2) la considerazione che i temi del lavoro e della sicurezza sociale hanno avuto nel-

l'accordo, considerazione che fa sperare che i problemi del lavoro e la loro soluzione troveranno sempre maggiore spazio nell'impegno legislativo e amministrativo dei governi autonomi;

3) l'adozione della programmazione economica come metodo di lavoro, con tutte le implicazioni che tale metodo comporta per quanto riguarda i miglioramenti dei rapporti fra Stato, Regione, le due Province, Enti locali, per i contatti necessari che richiede con i gruppi di opinioni, operatori economici sindacali, per quanto riguarda la razionalizzazione della spesa e degli interventi, per quanto di valido ha in sé questo metodo, al fine di organizzare uno sviluppo equilibrato e omogeneo della nostra società.

Il mondo del lavoro, almeno quello con il quale ho i maggiori contatti, ha visto positivamente l'incontro dei tre partiti che formano la Giunta di centro-sinistra, incontro avvenuto sulla base di un accordo politico che nei temi fondamentali è preciso.

È noto a tutti come i voti del mondo del lavoro dipendente sono stati negli ultimi anni costantemente diretti ad auspicare l'avvento di governi di questo tipo a qualsiasi livello.

La piattaforma nella quale si sono incontrate forze della Democrazia cristiana e della democrazia socialista, non può non essere garanzia di sviluppo in termini moderni socialmente ed economicamente, anche nella nostra Regione, e ciò anche se le condizioni attuali sembra facciano intravedere ritardi di rilievo nello sviluppo stesso.

Un incontro così vasto di forze democratiche ritengo ci dà anche sicurezza, oltre che per un miglioramento dei rapporti fra i vari gruppi sociali che compongono la nostra popolazione, di miglioramento della convivenza fra i gruppi etnici nel senso auspicato da chi ha a cuore la

necessità di concordia entro il nostro territorio.

È pertanto da augurarsi che l'attendismo del gruppo etnico tedesco manifestatosi, mi pare, anche nella discussione generale, trovi uno sbocco positivo, e cioè in forza anche e soprattutto dell'incontro dei gruppi politici formanti il governo regionale, gruppi politici che hanno la massima responsabilità del governo nazionale, a Roma, e che lo sono anche in Austria, Stato con il quale si intrattengono le trattative per la sistemazione della minoranza etnica tedesca.

Che a taluni gruppi non vada questo governo è anche comprensibile, data l'impostazione massimalista delle loro tesi politiche, che non accettano o paventano soluzioni gradualiste e riformiste dello sviluppo, come non può andare ad altri gruppi che per attaccamento a posizioni di conservazione stentano a capire un diverso orientamento della società, fuori degli schemi tradizionali, e pertanto sono scarsamente sensibili a una decisa volontà innovatrice dell'assetto economico e sociale.

In questo clima, con questo tipo di governo, l'organizzazione sindacale dei lavoratori ritiene che il dialogo dovrà e potrà ulteriormente allargarsi e ciò senza il pericolo che l'azione e la lotta per una redistribuzione del potere nel nostro Paese comporti costi e prezzi troppo elevati per il nostro ordinamento politico.

Il governo regionale costituito in questo scorcio di anno, si trova indubbiamente di fronte a problemi urgenti, complessi e indilazionabili. L'impegno dallo stesso assunto nei confronti del paese non può essere preso con leggerezza, né si può pensare che questo accordo e questi impegni rappresentino una semplice forma di messaggio alle genti della Regione, da accantonare di fronte alle prime difficoltà, in attesa, magari, di tempi maturi o di altri che lo accol-

gano e lo attuino. Non penso ci sia il tempo di prendersi il lusso di rinvii. Che le indicazioni dell'accordo presentino limiti, possiamo anche ammetterlo, in quanto ogni cosa è perfezionabile e non siamo qui a misurare le inclinazioni dell'asse del governo regionale più a destra o meno a sinistra, ecc.; quello che conta è che esso sia sorretto dalla volontà dei partiti e sia portato avanti.

Le trasformazioni del paese, anche nella nostra regione, sono nella realtà, e la pressione dei fatti ci aiuterà a superare molte delle difficoltà che ogni giorno incontriamo.

Tentennamenti, ripensamenti, incertezze, non saranno credo perdonati dalle popolazioni, specie da quelle più provate, o da una situazione congiunturale che ci auguriamo sia momentanea, o da quelle popolazioni che si trovano in situazione di depressione da sempre.

Il mondo sindacale, quello almeno col quale ho più diretti contatti, ha preso atto con soddisfazione dell'impegno della Giunta contenuto nella relazione, di dedicare una particolare attenzione alla materia dei rapporti di lavoro, delle vertenze sindacali e delle condizioni di lavoro nelle fabbriche, nonché della richiesta che al governo sarà fatta per deleghe in materia di lavoro. È vero che ci sono peraltro da tener presente serie perplessità in ordine alla possibilità che le deleghe in tale materia possano venir concesse. Comunque si deve tener conto anche di queste possibilità in quanto, e la costituzione all'art. 118 e il nostro Statuto, prevedono le deleghe.

Ma più che per questi impegni la soddisfazione del mondo sindacale va espressa per quanto riguarda l'accordo in genere dei partiti che formano l'attuale Giunta, e in particolare ove stabilisce che debba esser data la preferenza a godere delle previdenze legislative regionali e provinciali agli enti e ai privati che ri-

spettano le leggi e i contratti sindacali; rispetto che dovrà, fra l'altro, essere opportunamente garantito da coloro che ottengono contributi regionali e provinciali.

Il cons. prof. Corsini nel suo intervento ha manifestato le meraviglie per tali affermazioni, precisando che gli imprenditori rispettano le leggi e i contratti e gli accordi sindacali, — e difatti le leggi si fanno per rispettarle — denotando con ciò di non conoscere a fondo quanto avviene nell'ambiente di lavoro e le difficoltà nelle quali si dibattono i sindacati per la soluzione di vertenze individuali e collettive.

Il mondo sindacale vede con favore questo impegno della Giunta, il quale rappresenta una modesta cosa, se si pensa ai grandi, ai grossi oneri che la collettività sostiene per incentivare le iniziative dei privati. E non c'è neanche da meravigliarsi, in quanto ciò non rappresenta nemmeno una novità, se si tiene conto che in più riprese il Ministero dei Lavori pubblici negli scorsi anni, nel 1951, nel 1962, ha emanato circolari ben precise, nelle quali le imprese vengono obbligate ad attuare nei confronti dei lavoratori dipendenti, occupati nei lavori costituenti oggetto dei contratti di appalto, condizioni normative e retributive non inferiori a quelle stabilite nei contratti collettivi di lavoro, nonché quelle condizioni risultanti da eventuali modifiche o integrazioni di contratti collettivi applicabili nella località e per la categoria. E questi obblighi — si badi bene — valgono per le imprese non aderenti ad alcuna Associazione sindacale. E non si tratta di obbligo imperfetto, in quanto di fronte a inadempienze denunciate, si procede a detrazioni del 20% sui pagamenti in acconto, destinando le relative somme a garanzia dell'adempimento degli obblighi contrattuali e di legislazione sociale. Ma le dirò di più: nella mia esperienza sindacale, bastò anche una semplice telefonata a un addetto sociale di una

ambasciata — certo non orientale s'intende — impegnata in finanziamenti nel Meridione, per fermare la concessione degli stessi a un'azienda dove non esisteva alcun clima di libertà sindacale e una sana dialettica sindacale.

Per cui se in futuro e in forza di quello impegno, che dovrà trovare formule adeguate, si dovranno riscontrare minori situazioni di irregolarità e minori occasioni di vertenze nelle fabbriche e nelle aziende di qualsiasi tipo, scritte con l'aiuto del denaro pubblico, vertenze che vanno dal mancato riconoscimento di qualifica, al prolungamento esagerato di periodi di apprendistato, al rifiuto dell'applicazione dei contratti stipulati, ecc. ne sarà un bene per il mondo del lavoro e per i cittadini. Lei, prof. Corsini, conosce queste situazioni e sa anche che l'economia predatoria dell'imprenditore avventuriero non fa che accumulare difficoltà per lui e per la società nella quale opera. Sa anche che l'imprenditore serio, razionale, civile non teme queste ragionevoli condizioni che l'ente pubblico, nel momento che mette a disposizione aiuti presi dalla collettività, deve porre, perché questo imprenditore sa pure, nella sua posizione di difesa di interessi legittimi, rispettare una sana dialettica sindacale, come si usa in paesi di più alta civiltà industriale della nostra. Se questo non va a certi imprenditori, quelli posti al margine dall'economia e agli speculatori, questo non ci interessa; da quelli dobbiamo guardarci in quanto, oltre a non portare benessere economico, ci potrebbero regalare situazioni pesanti di malcontento e di disagio sociale con tutte le implicazioni che ciò comporta.

L'ultimo punto al quale intendo accennare brevemente riguarda la programmazione economica assunta come metodo di lavoro dal Governo regionale.

Mi preme però richiamare prima l'attenzione sulla serietà che contraddistingue le dichiarazioni programmatiche contenute nella relazione della Giunta e valide per quanto riguarda gli impegni assunti dai partiti che la compongono, che compongono il governo regionale, per la quinta legislatura.

Tale serietà mi sembra si trovi sia nelle indicazioni riguardanti il programma di attività legislativa e amministrativa, in campo economico e sociale della Regione, quanto soprattutto per il coraggioso, oggettivo riconoscimento della situazione economica sociale nella quale operiamo, situazione caratterizzata da svariate difficoltà, sia congiunturali che strutturali.

Nella relazione del Presidente c'è infatti tutta una parte dove vengono espresse considerazioni sulle deficienze strutturali del nostro ambiente, ove si parla degli « aspetti sociali dell'attività regionale ». Senza ricorrere a richiami di fonti pure autorevoli e largamente utilizzate, ma che non superano esse stesse una sfera di sana attendibilità quale può essere lo studio del prof. Tagliacarne, citato dal collega cons. de Carneri nel suo intervento, in quel paragrafo della relazione c'è una precisa indicazione delle nostre deficienze strutturali e della irrazionalità del nostro ambiente dal punto di vista socio-economico.

Deficienze che investono in maniera preponderante la provincia di Trento, per cui la Regione viene a collocarsi in una situazione delicata dalla quale se ne esce solo con l'impegno di tutti e dopo prudenti riflessioni.

Per tradurre in cifre tale situazione — mi riferisco ai dati 1963 per la Provincia di Trento — ricorderò che la Provincia di Trento concorre alla formazione del reddito nazionale con una quota lievemente inferiore a quella del complesso della Nazione (0,70 - 0,82) e che poche province dell'Alta Italia si trovano a

livelli inferiori alla nostra (48° posto - base 100 reddito medio pro capite nazionale - Trento 87,1 - Milano 187,1 - Potenza 49).

Dobbiamo anche però tener presente che nel 1963, nonostante la congiuntura nel corso della seconda metà dell'anno, il reddito che in Italia è aumentato dell'11,5%, in Provincia è aumentato dell'11%, reddito che, distribuito per settori economici, indica una tendenza tipica di un ambiente in trasformazione (16,8 industria - 14,8 nazionale; 2,9 agricoltura rispetto al 3,3 nazionale).

Tale andamento trova la sua giustificazione logica nel fatto che il Trentino solo in questi ultimi anni si è affacciato alla industrializzazione con costrizioni e sacrifici per il settore agricolo, settore che solo in un secondo tempo verrà investito dai benefici di una diffusione del benessere nel retroterra a opera dell'industria. Continuando a riferirmi al Tagliacarne, posso indicare che il Trentino rispetto ai consumi si trova su una posizione più avanzata (sempre nel 1963) rispetto alla media nazionale sul piano del reddito (44° posto - 100 - Italia - Trentino 91).

Se i consumi fossero razionali, sarebbe pensabile un accrescimento di efficienza produttiva e quindi un accrescimento del reddito; tuttavia, nonostante che l'istruzione costituisca un'alta voce nei consumi della gente trentina, non si rileva una ripercussione del miglioramento culturale sul piano economico, e ciò in forza del drenaggio della nostra gente più qualificata intellettualmente, da parte di altre province.

La posizione sopra indicata è indice di una certa irrazionalità economica che se tollerabile per brevi periodi, non lo è certo a lungo andare. Nella scala del risparmio, invece, il Trentino si trova al disopra della media, ponendosi al 34° posto con punteggio 103,4. Si risparmia, in

previsione di investimenti futuri o altrui, investimenti che purtroppo non è detto debbano avvenire nell'ambito territoriale, ambito che, specie per quanto riguarda il potenziale turistico, si ritiene ancora abbia enorme possibilità, come pure in qualche altro settore.

Ciò fa pensare che un eccesso di risparmio sta a significare incapacità di scegliere valide forme per investimenti locali: cosa che non è per la verità simpatica.

Nella relazione del Presidente si ricorda che « molte cose negative distinguono da altre zone d'Italia il nostro ambiente », e che in ciò sta la ragione della fuga delle nostre popolazioni verso altre terre; troviamo l'ammissione che la nostra crescita, quella crescita, poca o tanta, che abbiamo vissuto in questi ultimi anni, ha creato disuguaglianze interne, squilibri territoriali.

Ciò non può indurci a riconoscere che la Giunta ha l'esatta nozione della situazione di partenza per una legislatura, la quale comporta per i partiti al governo la necessità di operare per la soluzione dei problemi che agitano la società regionale. L'ammettere poi che la nostra struttura istituzionale è invecchiata, che le strutture dei nostri enti locali sono arretrate rispetto alle sempre maggiori esigenze della comunità, e il sottolineare e l'auspicare la necessità di un adeguamento ai nuovi tempi di tutte le forme associative intermedie che in passato hanno avuto momenti di valore, quali la cooperazione, il sistema assistenziale, gli enti culturali, sportivi, ecc., dalle quali non si può prescindere per uno sviluppo democratico, significa indicare una delle carenze delle quali abbiamo più risentito in questi ultimi tempi. Il precisare ancora che purtroppo la cultura da noi, forse più che in altre zone d'Italia, è un privilegio di classi più agiate e favorite e che la formazione scolastica (il tanto decantato alfabe-

tismo delle nostre popolazioni) e quella accademica (troppo scarsa ancora) rispetto alle necessità di crescita culturale e civile di una comunità, il riconoscere, l'ammettere il ritardo delle nostre istituzioni rispetto a questa serie di problemi, consentitemi di dirlo, è realismo, è atto di realismo politico e di avvedutezza amministrativa, è un atto di coraggio.

Da parte di molti ambienti nel nostro Trentino, siamo stati abituati ad osannare, ad inneggiare al nostro ambiente, a lodare il valore, il prestigio delle nostre genti, in una posizione forse di chiusura verso altre genti più o meno vicine; ci siamo cullati in questa presunzione di superiorità — in senso buono, s'intende — che, se trova giustificazione e fondamento in alcuni valori cardine, del resto non esclusivi delle nostre popolazioni e del nostro ambiente, non è però tale da non presentare carenze, per altro verso, di valori e di tensioni, che hanno fatto la fortuna morale e materiale di altre comunità anche a noi vicine.

Mi sono soffermato sulla coraggiosa analisi delle inefficienze del nostro sistema, della quale dobbiamo dare atto alla Giunta e al Presidente Dalvit, in quanto ciò ci consente di ritenere che da queste basi di partenza lo sforzo programmatico e le indicazioni per superare le depressioni economiche e sociali che ancora caratterizzano il nostro ambiente, contenute nella relazione programmatica, hanno un significato di indubbio interesse e di fondata validità.

Come si vede, si tratta di una situazione, la nostra, che presenta aspetti irrazionali e contraddittori, per quanto riguarda lo sviluppo, e pur sottolineandone una certa drammaticità, che tocca in primo luogo la provincia di Trento, non deve però renderci pessimisti all'eccesso.

Detta situazione è possibile di miglioramenti, purchè ci si impegni a qualificare meglio le opportunità del reddito locale e la capa-

cità delle popolazioni per quanto riguarda l'intraprendenza. Uno degli strumenti più idonei ai fini di consentirci delle possibilità di crescita, non poteva pertanto non essere il ricorso alla programmazione come metodo per uno sviluppo economico e civile del nostro Paese, programmazione democratica, si intende, in quanto, secondo le nostre concezioni politiche, vuole impegnare tutte le classi sociali e non essere fatta al di sopra di esse. Programmazione che, pur rifacendosi agli organi dello Stato per una garanzia giuridico-costituzionale di una unità di indirizzi, non può non assicurare alla Regione un'autonoma possibilità di manifestarsi sul terreno dell'attuazione.

Solo operando secondo tali criteri, la programmazione potrà favorire quella specializzazione territoriale degli interventi sulla base di valutazioni di carattere socio-economico, riferite all'ambiente locale. Solo in questi ambiti potremo pensare a una possibilità di elevazione del reddito pro capite della nostra gente, a livello di quello medio nazionale.

È chiaro che quanto più elevato sarà lo sforzo di riduzione degli squilibri, tanto maggiore dovrà essere l'insieme di mezzi da impiegare a tale scopo. Nella relazione del Presidente della Giunta, noi troviamo l'assunzione di questo impegno fondamentale; impegno che deve essere dei partiti della maggioranza, ma che deve essere tale anche per le minoranze del Consiglio, i suggerimenti delle quali, se costruttivi, non vanno disattesi.

È pacifico che l'attività nelle more dell'avvio all'attuazione del programma, non deve arrestarsi, ma semmai operare con attenta cautela per predisporre una ripresa della nostra economia.

In tale senso si deve ritenere positivo, tra l'altro, l'impegno della Giunta di proporre al Consiglio un provvedimento straordinario,

avente come scopo principale quello di favorire una ripresa delle attività economiche locali. Se un auspicio mi è permesso esprimere, è quello che in una materia così delicata e impegnativa la Giunta voglia sentire su questa iniziativa il parere degli organismi più direttamente interessati: quale quello degli operatori economici e del mondo sindacale, fra l'altro.

Una ulteriore raccomandazione ritengo si debba fare ed è quella di operare subito per una razionalizzazione degli interventi, fatti dagli enti pubblici locali, Regione, Province, BIM, Comuni, al fine di evitare di compromettere un ordinato sviluppo futuro secondo le linee della programmazione. Del resto, per i responsabili del Governo regionale, non mancano indicazioni valide, frutto di studi, ricerche, suggerimenti, che per la sede nella quale taluni sono stati dati — vedasi ad esempio la felice esperienza delle conferenze triangolari tra unità operanti nell'ambito regionale e responsabili delle organizzazioni imprenditoriali e sindacali dei lavoratori, conferenze alle quali si dovrà continuare a far riferimento in maniera sempre più organica — sono di grande valore. Questa mole di indicazioni una volta coordinate dall'ente pubblico, potranno consentire lo sviluppo del nostro ambiente lungo binari non irrazionali, e ciò solo che la Giunta regionale e tutti i settori del Consiglio non si lascino frastornare o da stimoli puramente elettoralistici o da posizioni preconcepite e demagogiche. In questa fase delicata di avvio della programmazione nazionale e di inserimento nella stessa delle nostre esigenze territoriali, penso sia da raccomandare una attenzione particolare ai responsabili del governo regionale e al Consiglio, attenzione diretta a far sentire sul centro, a Roma, la nostra massima presenza per portare avanti i temi, le carenze, le aspettative della nostra comunità e quantificare le nostre esigenze finanziarie, pe-

na il veder frustrata ogni nostra buona volontà. E a questo proposito, ritengo che, prioritariamente o quanto meno in concomitanza, si debba affrontare la soluzione definitiva del grosso problema che caratterizza la nostra regione fra le Regioni a statuto speciale: il problema della convivenza etnica, problema politico per eccellenza, la cui soluzione rappresenta il cardine e la premessa per una adeguata ed efficiente soluzione dei problemi sociali ed economici che interessano tutta la comunità regionale.

Possiamo concordare con il cons. Jenny sulle carenze sociali del nostro ambiente e sulle sue difficoltà economiche, come pure si può anche essere d'accordo sui condizionamenti di qualche gruppo conservatore tedesco o italiano non da ricercarsi peraltro, come lei ha fatto, in presunte e arbitrarie divisioni della Democrazia cristiana, che rifiutiamo e che rifiuto personalmente, anche se posso essere considerato uno degli scaldasedie ben intenzionati, ma dobbiamo tener presente che soprattutto importante ai fini di uno sviluppo socio-economico del nostro ambiente, è la soluzione del problema della convivenza etnica, la soluzione di questo problema politico, in via prioritaria o quanto meno concomitante. Una volta raggiunto ciò tutto il resto più facilmente potrà essere avviato a soluzione, in quanto potremo incidere sul centro in maniera più valida e potremo così ottenere quello che ci spetta, perché la crescita di un ambiente e di una comunità è, prima di tutto, opera della concordia di quell'ambiente e di quella comunità.

Battiamoci quindi per una nostra partecipazione ai benefici nazionali, che esigiamo siano equamente ripartiti per tutto il paese ed equamente ripartiti fra le due Province. Battiamoci per evitare che i maggiori benefici vadano a chi sta meglio di noi.

È questo, costa doverosa per tutti i gruppi

in Consiglio, e in questo senso la Giunta non mancherà nel suo impegno. Solo così operando valorizzeremo la nostra autonomia nel senso più genuino, la quale si ridurrebbe a ben poca cosa se il nostro ambiente non fosse in grado di superare quegli squilibri territoriali nei quali ancora si trova: in una situazione di depressione strutturale dalla quale la nostra comunità non riuscisse a venirne fuori, ben poco valore avrebbero usi, costumi e anche la lingua.

Ritengo pertanto che i richiami fatti dal Presidente della Giunta, nella sua relazione al Consiglio, alle altre istituzioni, Province, Comuni, BIM, CCIA, EPT, Sindacati, non possano essere disattesi. Valido a questi effetti, e in questa direzione, è anche il richiamo a una maggiore collaborazione con gli organi regionali, fatto alla deputazione dei nostri Parlamentari che operano a Roma, richiamo affinché questi seguano l'attività legislativa, le vicende della programmazione, la promozione di tutto quanto riguarda la crescita dei nostri istituti autonomi. E a questo riguardo, non so se sia proprio opportuno pensare ad istituzionalizzare, per così dire, dei periodici contatti con questi uomini che in sede romana tutelano i nostri interessi.

Non mi soffermo oltre, riservandomi di toccare altri argomenti in sede di discussione articolata.

Signor Presidente, signori Consiglieri, come ebbi a dire nel corso del mio intervento, occorre dare atto alla Giunta di un rinnovato e tenace impegno programmatico, della volontà di collegare e introdurre la programmazione come metodo di governo, dando l'avvio a un corso nuovo della politica economica della nostra Regione.

Si tratta semmai di far presente la necessità di accelerare al massimo i tempi. Questo per la parte di nostra responsabilità, questo per

il dovere che ci compete come responsabili dei nostri istituti autonomi. Da noi, per fortuna, analisi settoriali ne sono già state fatte. Si tratta di rivederle, correggerle e aggiornarle alla luce delle indicazioni del programma nazionale, e proprio perché la Regione da noi esiste ed è in grado di elaborare subito, ne avremmo un vantaggio rispetto alle altre regioni d'Italia. Se una stabilità politica, che è nei voti di noi e negli impegni dei partiti di governo, qui e a Roma, ci sosterrà, e se la ripresa economica sarà effettiva, come lascia sperare il miglioramento del clima psicologico, si saranno con ciò realizzate le due condizioni essenziali per un avvio celere della programmazione.

Non sono consentite distrazioni al paese, alle popolazioni della Regione, per cui se una programmazione ha da farsi a Roma e qui, questa volta va naturalmente legata e condizionata ad un governo di legislatura nazionale e regionale. Siamo convinti che tutto non è facile, per cui preoccupazioni che sono poi le preoccupazioni di tutti e del mondo dei più deboli in particolare, il mondo del lavoro, del mondo trentino in particolare, che oltre al peso della congiuntura, sente i condizionamenti di situazioni strutturali ancora arretrate; dobbiamo però aver fiducia e superare in parte queste preoccupazioni, convinti della possibilità che le idee politiche hanno, certi della loro forza, della forza delle cose, una volta che queste sono mosse dalle idee e dai sentimenti di una popolazione. La programmazione avviata dall'incontro delle forze della Democrazia cristiana con le forze della democrazia socialista non si ridurrà così a uno sforzo di pura razionalizzazione del sistema produttivo ed economico, ma condurrà senz'altro e nei limiti dell'impegno e della buona volontà di queste forze, a un profondo rinnovamento della struttura del paese, struttura che dovrà essere basata su una diversa, su una più

moderna distribuzione e ripartizione del potere.

Su questa strada sarà senz'altro, io penso, con il governo regionale e con i partiti della maggioranza, la maggioranza della popolazione della regione a qualsiasi gruppo sociale o etnico appartenga.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Molignoni.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Signor Presidente, signori consiglieri, l'iscrizione a parlare nella giornata di oggi non era forse del tutto casuale. Avevamo ritenuto che in un momento come l'attuale, in cui certe disparità di linguaggio possono determinare interpretazioni le più svariate, e qualche volta anche le più gratuite, fosse opportuno, se non necessario, attendere la conclusione dei lavori del congresso della S.V.P., convinti come siamo che i documenti congressuali dei partiti siano una testimonianza assai attendibile delle direttrici di marcia che un raggruppamento politico intende perseguire. Così del resto come, a nostro avviso, non è stato casuale il discorso dell'integrazione, fatto proprio alla vigilia del congresso della S.V.P. Ebbene, all'indomani di questo congresso — senza drammatizzare i termini, per carità, senza drammatizzare i termini, lo ripeto — ci è parso di dover rilevare come nel linguaggio della S.V.P. non vi sia stata una confortante risposta alla teorizzazione della integrazione, di cui in questi giorni abbiamo intesa una brillante esposizione, e che, a mio sommo avviso — molto sommo, in verità — è stata forse mutuata dai fenomeni razziali di cui è pervasa una grande democrazia amica. L'attenzione di cui quel discorso è stato meritatamente oggetto, quale finalità per il conseguimento di un tutto si-

stematico, non pare abbia avuto quei positivi echi, che era auspicabile, direi, attendersi. E infatti, a parer nostro non si può ancora pensare ad integrazione, allorquando si ribadiscono temi ormai scontati ed i cui significati sono acquisiti e forse non consentono nuove interpretazioni, nuove teorizzazioni. Ecco perché il discorso, direi, va fatto da principio. L'attuale quinta legislatura è particolarmente e innegabilmente importante per due ragioni, che emergono molto chiare dalle dichiarazioni del Presidente Dalvit: la prima è che nel 1967 avverrà la completa liberalizzazione economica nell'ambito del MEC; la seconda ragione, a nostro avviso, si identifica nella certezza che nell'arco di tempo di questa quinta legislatura regionale, dovrà — dico dovrà — giungere alla soluzione definitiva il problema dell'Alto Adige.

Mi pare che anche a una superficiale analisi emerge la considerazione che mentre la prima scadenza, quella del 1967, è fissa, è pienamente prevedibile nelle sue dimensioni temporali ed economiche, anche, se non è possibile delineare nel dettaglio quali saranno le ripercussioni nel nostro mondo del lavoro, la seconda scadenza, viceversa, quella dell'ormai indilazionabile soluzione della questione dell'Alto Adige, è ancora senza termini precisi, nel tempo e nella sua portata, e a tutt'oggi, mi pare, non si possono individuare, neppure approssimativamente, i riflessi che si determineranno nell'ambito regionale e provinciale. Il Presidente Dalvit, nella sua relazione, che mi sembra doveroso riconoscere e considerare come un valido e dettagliato studio organico dei problemi fondamentali della nostra realtà e delle prospettive che si aprono di fronte alla nostra collettività, riconosce apertamente che occorre dare agli organismi regionali un governo stabile, un governo efficiente. Se consi-

deriamo i motivi istituzionali della Regione, dobbiamo anzitutto riconoscere come, senza la partecipazione della rappresentanza del gruppo etnico tedesco al governo regionale, esso debba essere considerato transitorio o quanto meno incompleto. Questo, evidentemente, senza nulla togliere alla partecipazione del sen. Raffener, ma mi pare onesto riconoscere che nella Regione per un funzionamento normale ed efficiente, debbano essere ricoperti tutti i posti riservati al gruppo etnico tedesco per norma statutaria. Di più: sul piano morale, si rende indispensabile che questo appoggio sia dato da una rappresentanza politica, che accentri in sé almeno il 50% più 1 dell'elettorato di lingua tedesca. È ovvio pertanto che il perdurare di una situazione come quella cui assistiamo ormai da anni, debba determinare il progressivo, lento deterioramento dell'istituto regionale. Si è forse giunti a uno stato di cronicizzazione, che può attingere, forse le sensibilità di alcuni, ma che nulla toglie alla gravità della realtà. È ben vero, signora Menapace, che l'autonomia non deve e non può essere esclusivamente strumentata attorno al pur fondamentale, fundamentalissimo problema etnico; una strumentazione in questa dimensione non avrebbe senso e neppure forse possibilità di concretazione: i fini degli enti autonomistici possono andare al di là della loro origine, perché rapportati, evidentemente, al bene comune delle popolazioni che godono dell'autogoverno; ma è però altrettanto innegabile che l'autonomia regionale, la nostra speciale autonomia regionale, ha per movente istituzionale la partecipazione del gruppo etnico tedesco al governo della cosa pubblica. È su questo orizzonte gravido di responsabilità che si prova il centro sinistra. Alleanza politica che, in campo nazionale, è oggi impegnata su problemi che le generazioni che ci hanno preceduti hanno lasciato insoluti, nel coraggioso tentativo di portare

il paese a un livello di civiltà umana degna del progresso economico più o meno conseguito. In tale convinzione, noi socialdemocratici ci siamo battuti nel corso della passata legislatura per anticiparne la costituzione; e vi faccio grazia delle date e dei fatti, perché tutti li conosciamo. È una fiducia la nostra, direi ragionata e consapevole nella formula, è una fiducia che tiene conto degli orientamenti politici e del rapporto di forze elettorali che esistono nella nostra regione, per costituire un governo, che sia strumento capace di dare una risposta concreta alle attese delle popolazioni, e soprattutto al dettato costituzionale che è base fondamentale alla creazione della Regione, come sono venuto dicendo poc'anzi.

Penso si tratti di omissione involontaria, quella del Presidente, che nella sua lunga, elaborata relazione, non ribadisce, in questa circostanza, il contenuto morale e politico della formula di centro-sinistra. Incontro storico, di fondamentale importanza tra forze politiche tradizionalmente opposte; incontro che potrà dare risultati di grande rilievo, anche se in qualche dettaglio, dà luogo, evidentemente, a difficoltà che non possono essere né minimizzate, né però drammatizzate. Solo agli accaniti avversari politici del centro-sinistra può sorridere l'idea di trastullarsi, direi, di divertirsi beatamente con gli episodi di difficoltà di incontro tra forze politiche che attingono la loro ispirazione da fonti diverse e che debbono costantemente, giorno per giorno, minuto per minuto, aggiustare le visioni particolari sui traguardi della tematica quotidiana.

Dipenderà, a nostro avviso, dalla sincera e reciproca volontà di cooperare, se l'esperimento di centro-sinistra avrà quella positiva funzione che è giusto attendere, tanto più che, ripetiamo, anche in campo locale, come del resto in campo nazionale, il centro sinistra è impe-

gnato di fronte a scadenze pregne — nel vero senso della parola — di responsabilità. Sembra un po' il segno di una fatalità che l'onere degli anni difficili sia caduto nel momento della sperimentazione del centro-sinistra. Questa constatazione è da un lato, motivo di seria preoccupazione, ma dall'altro è motivo anche di viva speranza, perché abbiamo la consapevolezza che le difficoltà determineranno un più acuto senso di responsabilità, un più sentito impegno alla concretezza, nel conseguire una comune piattaforma d'azione, che forse, — forse, dico — i tempi facili avrebbero ostacolato.

Queste cose mi pareva doveroso dire, queste cose dovevano essere dette, tanto più che proprio in quest'aula, giorni or sono, i responsabili della politica attuale sono stati accusati con un senso di acredine, se si vuole, di aver fatta astrazione dalla realtà e dai fatti, alcuni dei quali indubbiamente significativi, tali da dare un carattere particolare alla politica del momento. In sostanza si è detto che si sarebbe trascurato o respinto, l'esame delle varie posizioni e correnti che si muovono all'interno dei vari raggruppamenti politici, per rincorrere un'idea fissa: l'idea fissa del centro-sinistra. Come — soggiungo io — se non fosse consentito a un raggruppamento, anche evidentemente sulla base di esperienze già fatte, di scegliere i suoi compagni di viaggio, e come se ancora, togliendo al governo regionale la partecipazione del partito socialista democratico italiano e del partito socialista italiano, si vedessero altre forze politiche, in grado di rappresentare una vera, una efficiente alternativa politica. Che poi la costituzione del centro-sinistra in Regione rappresenti un insulto — così è stato detto — alla realtà, e un tradimento all'anima autonomistica, per me è un'affermazione assolutamente gratuita, non dimostrata, tanto più che si è trattato, come dicevo poc'anzi, di una li-

berissima scelta, effettuata senza pressioni e senza suggestioni centralistiche di sorta.

Per quanto riguarda il problema dell'Alto Adige abbiamo ritenuto di poter cogliere nella relazione del Presidente Dalvit due concetti fondamentali, sui quali riteniamo doveroso richiamare l'attenzione del Consiglio. Anzitutto, la riaffermata volontà di una presenza più che mai attiva della Regione, per la definitiva conclusione della questione dell'Alto Adige; questo « definitiva », intendiamoci bene, per non sollevare critiche, non sollevare obiezioni, in quanto essa possa essere considerata tale. Secondo: il desiderio, più che giustificato, ci sembra, di non entrare nel merito delle polemiche di stampa, che sono seguite agli incontri sul piano internazionale, di cui si usa e si abusa, quegli incontri avutisi a Ginevra il 13 maggio e il 7 settembre e a Parigi il 16 dicembre dell'anno 1964, testè scorso. La stampa italiana e straniera hanno dato le più disparate interpretazioni al contenuto di questi incontri: quella austriaca, giudicando in genere con un certo ottimismo, sia pure moderato, il lavoro che si era andato svolgendo in quelle sedi; quella italiana, in parte in posizione di attesa, e in parte in atteggiamento di accusa, vera e propria, quasi si stesse operando la lacerazione della integrità territoriale del Paese. A noi sembra veramente che, nella sua esposizione, il Presidente Dalvit abbia, in poche parole, messa a fuoco la questione, laddove egli dice: « Gli incontri tra i Ministri degli esteri hanno avuto carattere prevalentemente interlocutorio, mentre è proseguita un'azione diplomatica, di studio e preparatoria, a livello degli esperti ». Con questa responsabile dichiarazione si stabilisce che il problema non è ancora avviato a soluzione. Considerato questo, è giusto non correre dietro a pregiudiziali prese di posizione della varia stampa, tanto più che grava su di noi l'impegno

di una presenza responsabile, sia come organi collegiali, collettivi, quanto per le presenze settoriali, per dare cioè un contributo alla soluzione del problema stesso. Il nostro impegno ritengo debba essere pari a quello della S.V.P. per dare un definitivo collocamento alle multicolori tessere del mosaico che occorre ricomporre per superare il disagio che colpisce, non soltanto le unità e i gruppi, ma le istituzioni stesse, prima fra tutte quella regionale. Mi pare il caso di ripetere che la soluzione giusta del problema non può essere che quella nella quale troverà armonicamente posto il democratico riconoscimento dei diritti e dei doveri dei gruppi etnici che in Alto Adige convivono. In altre parole, potrei dire, la linea che unisce il rispetto reciproco con la parità dei diritti è quella sulla quale occorrerà ricercare un definitivo assestamento del problema altoatesino.

La nostra partecipazione alla Giunta provinciale di Bolzano, è del resto, la più concreta dimostrazione della volontà di sperimentare l'apertura di un più largo e rappresentativo colloquio con la S.V.P. ai fini di un migliore confronto delle tesi contrapposte, per conseguire una presenza più efficace, al di fuori e al di sopra delle pregiudiziali contrapposizioni polemiche che fatalmente si instaurano fra maggioranza e minoranza, e per porre in atto una leale e ferma tutela degli interessi del gruppo etnico italiano, nel quadro però di un progresso economico e sociale dell'intera comunità provinciale, nel reciproco rispetto dei diritti individuali e di gruppo. A questo proposito mi pare degna di una attenta considerazione, la presa di posizione del cons. Jenny. Noi, dico subito, non siamo fra coloro che gongolano per il fatto in sé e per sé di una possibile, eventuale frattura tra le file dei rappresentanti del gruppo etnico tedesco. Questi però sono fatti di cui bisogna prendere atto e che rappresentano l'espressione

di un più profondo sommovimento, che non può scuotere le strutture rigide e interclassiste del partito unico di lingua tedesca.

La presa di posizione aperta, clamorosa, di Jenny, merita quindi attenzione e rispetto, anche se taluni suoi aspetti debbono essere chiariti e talaltri discussi. Non possiamo d'altra parte non compiacerci della dichiarazione di adesione ai principi della socialdemocrazia, che il cons. Jenny ha qui dentro pronunciato.

Si sono avute per il passato voci di dissenso a destra nella S.V.P., come espressione di interessi materiali che la stessa S.V.P. pone obiettivamente in forse, con una politica non molto favorevole a un certo sviluppo dell'economia. Si sono registrati anche movimenti socialdemocratici che non riuscivano però a trovare una voce autorevole, salvo taluni inserimenti a carattere locale, comunale, direi a Bolzano e in qualche comune minore. In quest'aula però e in sede provinciale mai era risuonata una voce che tentasse di dare una risposta alle attese dei ceti meno fortunati, che aspirano a una migliore valutazione dei problemi sociali. Ci rincresce francamente, che forse con eccesso di disinvoltura, e con una puntina di cattiveria squisitamente femminile — e sappiamo che può essere qualche volta più mordente e più pungente di quella mascolina — la preminenza del problema sociale in Alto Adige sia stata definita come la trovata peregrina di un novellino della politica. Nel sottofondo dei temi nazionalistici palpita uno stato di disagio, che affonda le sue radici in un assetto sociale largamente superato dai tempi.

A porre in rilievo questo aspetto è stato a suo tempo Saragat, che non penso possa essere considerato un novellino della politica; e quel Kreisky, cui tutti volentieri accreditano una grande capacità diplomatica, si è associato già da anni or sono a questa interpretazione,

motivandola e sostanziandola. Se anche dunque il cons. Jenny oggi ci espone una visione in questa chiave, il suo pensiero non può e non deve essere svalutato e accusato di superficialità. Vogliamo rischiare anche noi la stessa qualificazione, riaffermando che la difficoltà di un aperto colloquio fra le popolazioni, di un colloquio capace di sbaragliare le spinose prevenzioni nazionalistiche, è proprio dovuto all'esistenza di taluni problemi sociali insoluti, che vedono contrapposti uomini di lingua diversa, soprattutto divisi da un inserimento in strutture sociali profondamente difformi. Non saremo certo noi a dichiararci soddisfatti della struttura sociale del gruppo etnico italiano, struttura che è ancora appesantita da vasti e profondi squilibri; ma che dire del gruppo etnico tedesco, in cui esistono larghi settori ancora insabbiati in strutture arcaiche, che non possono dare una risposta alle attuali esigenze di dignità umana? È, ci sembra, nell'incomprensione tra questi due modi di essere, tra queste due condizioni umane — una delle quali appare quasi senza speranza, perché difesa in nome della tutela di tradizioni, di concezioni di vita, ecc. — che noi individuiamo la radice, il punto dolente, il focolaio di un'infezione che non si riesce ad arrestare. Il mondo di oggi ci sembra testimonia della possibilità di convivenza tra uomini di lingua diversa, laddove però ci siano parità di condizioni, e uguaglianza di prospettive di sviluppo. E la condizione? Che esista veramente una sincera volontà di integrazione.

Ecco perché noi, convinti assertori come siamo di questa tesi, non possiamo non esprimere la nostra solidarietà al cons. Jenny il quale eleva la sua voce in questa sede autorevole, per condividere questa nostra visuale, che del resto è la visuale degli uomini aperti a una interpretazione umana e reale della vita e delle

sue condizioni. Per quanto concerne gli altri argomenti esposti dal cons. Jenny in questa sede, ritengo di dover attendere qualche elemento chiarificatore di maggiore approfondimento, prima di esprimere un giudizio. Posso però tranquillamente anticipare che quando egli parla di maggiore autonomia ai comuni, tratta un tema che ci trova pienamente consenzienti, e sul quale ogni approfondimento non può non essere che vantaggioso e produttivo. Noi abbiamo scritto tempo addietro: « La Provincia ha saputo reclamare l'applicazione dell'art. 14 dello Statuto speciale, che stabilisce come la Regione debba normalmente delegare alla Provincia le funzioni amministrative ». Ebbene, l'art. 14 prevede tali deleghe anche per i comuni. A nostro avviso i Consigli comunali, con lo stesso senso di responsabilità che ha animato i Consigli provinciali, con lo stesso attaccamento al dettato costituzionale, devono sentire l'opportunità di aprire un discorso per ottenere l'esercizio delle deleghe conformi al dettato dello Statuto. Del resto, dicevamo, sul piano dei principi generali, la costituzione riconosce ai comuni la funzione di nucleo fondamentale dell'ordinamento dello Stato delineandone l'autonomia. A noi pare quindi che si debba approfondire veramente l'esame di questo orizzonte, constatando innanzitutto come il Comune con le sue strutture abbia la possibilità di reclamare l'esercizio delle deleghe, e di esercitarle con pieno senso di responsabilità, perché non vi è dubbio che gli strumenti che hanno i Comuni a disposizione sono largamente sufficienti all'assolvimento di queste ulteriori funzioni.

Dicevamo ancora: abbiamo sentito spesso il Presidente Magnago parlare di garanzia da dare agli italiani. Noi come socialdemocratici non amiamo la contrapposizione dei gruppi etnici; noi non ci troviamo a nostro agio in schemi determinati da differenza di lingua; è

evidente però che in politica non si può prescindere da una realtà che ci auguriamo superabile col tempo. Le garanzie di cui parla il Presidente Magnago possono essere concretate proprio nella delega delle funzioni amministrative ai Comuni, con particolare riguardo ai Comuni maggiori che dispongono di strutture qualificate tecniche e amministrative. Noi riteniamo, in senso democratico, che avvicinare alla base le funzioni dell'amministrazione pubblica collettiva, significhi rendere un atto, aderente sempre meglio alla realtà sociale: concedere le deleghe amministrative ai Comuni, cellule fondamentali dell'ordinamento democratico, significa, a nostro avviso, rendere partecipe più validamente il cittadino a quelli che sono i diritti, i benefici, i doveri e i diritti che l'autonomia comporta; significa, in una parola, far entrare l'autonomia nella coscienza popolare, significa convincere concretamente tutti i cittadini della parità di diritti e di doveri, come presupposto fondamentale della convivenza.

E quando scrivevamo questo, sapevamo di non dire delle novità; nessuna presunzione in noi e nessuna ricerca di priorità o di paternità di queste idee, perché tutti ricordiamo come in questo senso, ad esempio, si sia già espresso a suo tempo, l'on. Macrelli scomparso, quando ebbe a venire in Alto Adige per prendere contatto con le popolazioni e studiare il nostro problema. Egli — ricordo — concluse i lavori della sua missione, dicendo fra il resto: « Un mezzo efficiente potrebbe consistere nell'applicazione estensiva dell'art. 14 dello Statuto, il quale prevede, come è noto, la delega delle funzioni della Regione alla Provincia, ai Comuni e agli altri enti minori. La delega potrebbe assumere particolare consistenza e ampiezza — diceva — nei confronti di alcuni comuni, i maggiori della Provincia ».

E ancora, per fare una citazione che sgom-

beri veramente il campo da qualsiasi presunzione da parte nostra, ricordiamo quanto ebbe a dire il sen. Scoccimarro sulla questione altoatesina, a conclusione anch'egli di una serie di contatti avuti da una delegazione parlamentare del suo partito. Eravamo nel 1959 e si disse: « Secondo il sen. Scoccimarro si impone come fondamentale rimedio alla situazione attuale, l'emaneazione di norme di attuazione che regolino e applichino nel dettaglio, quanto stabilito dall'art. 14, cioè il fatto che le funzioni attribuite dallo Stato alla Regione, debbano essere da questa esercitate attraverso una delega alle due Province, ai Comuni, agli altri enti locali. Naturalmente — soggiungeva — questo sotto la garanzia di una salda tutela di ogni forma di discriminazione nell'amministrazione. Quindi mi pare che il cons. Jenny sia in buona compagnia quando sostiene queste tesi, e possa veramente sostenerle perché possono essere ritenute valide.

Ci pare ancora — e mi sia consentito di dirlo — completamente o almeno notevolmente fuori posto, l'osservazione fatta nel congresso dalla S.V.P. nei riguardi della lotta di classe; lotta di classe, che costituirebbe, secondo taluni, motivo negativo per l'affermazione dei diritti del gruppo etnico tedesco. Ci duole anche qui contraddire i teorici del partito unico, in evidente polemica con il cons. Jenny, e ci permettiamo soltanto di citare per tutti l'Inghilterra, la democraticissima Inghilterra, dove tra la Camera dei Lord e il governo laburista è in corso proprio in questo momento, un autentico braccio di ferro, che minaccia di trascinare l'elettorato in anticipata elezione, basata sullo slogan « i nobili contro i laburisti ». E non soggiungo altre considerazioni. Per ritornare, molto brevemente, alla Regione, noi non ci stancheremo di ripetere che tra Regione e problema altoatesino esiste un rapporto diretto e vitale. Non può esservi infatti governo regionale stabi-

le ed efficiente, se il problema altoatesino non sarà risolto. E se il problema altoatesino non si potrà risolvere nell'ambito regionale, ciò potrà significare una ulteriore svalutazione dell'Istituto, rispetto, evidentemente, a come noi lo intendiamo. Sono verità, del resto, elementari, lo so, che però non mi pare male richiamare alla nostra mente, per evitare soprattutto che nella foresta delle indicazioni programmatiche e dei problemi da risolvere, si possa, a un certo momento, perdere di vista il traguardo fondamentale, senza il quale ogni altra impostazione di dettaglio, ci pare inutile direi quasi, e ogni impegno infecundo.

La Regione, lo sappiamo tutti, non vive solo di leggi, di opere, di iniziative in sé e per sé, lodevoli, lodevolissime, direi, vive se consegue una pacifica costruttiva intesa fra le popolazioni conviventi. Occorre pertanto che in questa direzione e al più presto — soggiungo al più presto — ci siano novità e che le novità siano positive. Soltanto così l'ente Regione avrà un senso, potrà uscire dalla ormai troppo lunga situazione di difficoltà in cui si dibatte. Va da sé, quindi, che noi non potremo fermarci ad una azione puramente sollecitatoria nei confronti del Governo e del Parlamento — alludo a quel voto che ha scandalizzato molti uomini della minoranza — ma dovremo — e lo sappiamo e lo faremo — come maggioranza, e singolarmente come gruppi partecipi della maggioranza, dare precise indicazioni sulla via da seguire. Può essere che i consiglieri espressi dal collegio di Trento siano soddisfatti, ampiamente soddisfatti dei benefici che le loro popolazioni ottengono e dalla Regione e dalla Provincia. Resta però il fatto che la frattura determinata dalla posizione — e che forse non esisterebbe, come diceva la signora Menapace, se anche nel Trentino non ci fosse un problema etnico — svuota e in certo senso spacca la Regione. In attesa, e

come studio preliminare per la misura concreta dei problemi che sostanziano queste divergenze, ci sembra veramente utile la formulazione delle proposte che il Presidente Dalvit fa a proposito delle norme di attuazione. Noi siamo dell'avviso che quella della sospensione, dell'emanazione delle norme all'atto dell'inizio della ricerca della soluzione globale, fu decisamente ovvia, ma ai fini di una definitiva valutazione dei temi in discussione, appare utile e valida la ventilata ricostituzione dell'organo consultivo paritetico per l'emanazione delle norme di attuazione, e altrettanto interessante e veramente concreta ci appare la proposta di sollecitare il Consiglio regionale alla formulazione dell'elenco dei problemi che sono restati insoluti per la mancata emanazione delle norme di attuazione stesse. Si avranno così le linee precise delle delusioni e dei danni che tali ritardi hanno cagionato, e di riflesso, evidentemente, si avranno anche i contorni della configurazione che le norme di attuazione dovranno assumere. Mi pare che non possa sfuggire a nessuno l'importanza della discussione di tale elenco, che rappresenterà concretamente lo specchio delle delusioni subite da una parte, e delle attese per l'avvenire dall'altra. In altre parole direi che da tale elenco appariranno praticamente espresse anche le volontà che intendono esercitarsi sulle competenze. Ed ancora: l'emanazione delle norme di attuazione dello Statuto speciale troverà in questo stesso elenco dei problemi, una espressione concreta della volontà legislativa e operativa della Regione.

Concludendo quindi, affermo che dalle proposte e dalla discussione, emergerà la valutazione del danno che deriva dalla stasi e si testimonierà della urgente necessità di avviare a soluzione il perfezionamento dello Statuto. È chiaro come non tutti i problemi potranno essere risolti con le norme di attuazione, ma una

chiarificazione però in questo settore potrà essere di grande rilevanza.

Tutti, credo, sentiamo che in questi anni di incertezze e di fatiche per i responsabili del Governo, la Regione non è andata certamente consolidando i suoi lineamenti; noi pensiamo che, o la Regione potrà mantenere la precisa funzione che noi auspichiamo di coordinamento e di incontro, che ne sostanzia quindi la sua presenza, o progressivamente slitterà verso l'insoddisfacente ruolo d'un bivio dal quale si dipartono due azioni provinciali nettamente in tutti i settori distinte, se non addirittura contrastanti. Il concetto che noi abbiamo della democrazia non ci lascia alcun dubbio in proposito. Ogni livello deve rispondere a precisi e impegnativi compiti: gli squilibri, secondo noi, nascono sempre quando in una società si attua o un eccesso centralismo, o un esasperato decentramento. Le comunità esprimono, non a caso, i loro vari incontri negli enti politici, così per noi il Comune deve avere le sue funzioni, ma non deve sottrarsi per un senso di malinteso campanilismo alle funzioni coordinatrici che spettano alla Provincia. La Provincia non può fare del centralismo in sedicesimo, senza ledere alcuni precisi dettagli dell'ordinamento democratico, che vuole il Comune fondamento dell'ordinamento democratico stesso. Analogamente la Regione non può sostituirsi alla Provincia nell'adempimento delle sue prerogative, ma le Province, a loro volta, non possono avocare a sé ogni competenza, eludendo ogni coordinamento e ogni armonizzazione. In questi stessi rapporti, direi, stanno questi enti con lo Stato e lo Stato con essi.

È tutto insomma, per dirla in poche parole, un tessuto di intese precise, chiare e ben delineate. Il Consiglio regionale, signori Consiglieri, non può nascondersi di trovarsi al punto focale, in cui si potrà determinare la ripresa

autentica della sua validità. La nostra coscienza ci impone d'avvicinarci a questi traguardi con animo sgombero da prevenzioni, da inutili o futili egoismi, come da un malinteso spirito di prestigio. Un sano realismo fondato sulla fiducia nei metodi della democrazia, ci deve ispirare e guidare nel momento decisivo; conservare o riformare, rinnovare o mantenere, sono i termini ultimi di una decisione che va maturata sui fatti, sulla dimensione dei reali interessi delle popolazioni. I fatti, le cose, sono termini che non possono essere amputati o stiracchiati.

Situazioni del genere non hanno mai giovato che ad accrescere le confusioni e a rendere difficili quegli incontri cui aspirano gli uomini di buon senso e di buona volontà.

Vorrei concludere questo breve intervento con un accenno al tema economico, perché non mi si accusi di aver fatto soltanto della politica, ma saranno poche parole e in chiave politica anche queste, riservandomi evidentemente, nel corso della discussione articolata, di intervenire su problemi specifici.

A proposito della programmazione desidero dire che le prospettive di essa, l'analisi dell'ampia e circostanziata relazione del Presidente Dalvit in materia economica, cui ha dedicato pagine di grande validità, meritano indubbiamente un ampio approfondimento, cui mi auguro di poter contribuire, in altro momento della discussione, forse anche con qualche proposta accettabile. Per restare nell'ambito dell'orizzonte politico, mi limito a considerare come la programmazione possa essere di per sé banco di prova delle volontà di sincera partecipazione del gruppo etnico tedesco a una concezione che ormai tutto il mondo libero, tutto il mondo moderno ha accettato. Nel coordinamento economico emergeranno le volontà, forse meglio di quanto non possano apparire dalla formulazione di ordini del giorno che pos-

sono essere invischiati da un linguaggio più o meno stereotipato. Vedremo così in concreto quale e in quanta misura sul piano delle cose sia possibile l'incontro, la collaborazione, l'intesa. Anche per questo, oltre che per essere strumento validissimo di progresso e di sviluppo, penso che la programmazione meriti veramente tutta la nostra attenzione e tutto il nostro impegno.

PRESIDENTE: Nessun altro è iscritto a parlare. Vorrei pregare i consiglieri, a questo punto, di dirmi chi vuol parlare, per concludere la discussione generale, perché siamo già fuori di quelle che erano le ragionevoli previsioni, ventilate nella riunione dei capigruppo. Quindi se qualcuno desidera ancora parlare, lo dica, così stabiliamo l'orario. Nessuno prende la parola? Chi vuol prendere la parola la prenda, altrimenti chiudo. Bene, lo dico ancora una volta: chi desidera prendere la parola nella discussione generale? La parola al cons. Jenny.

JENNY (S.V.P.): Voglio rispondere brevemente agli interventi qui fatti e per una certa chiarezza e per un desiderio di parlar chiaro, voglio rispondere direttamente in italiano. La risposta che devo dare in primo luogo è quella che devo alla gentile collega Menapace, e la pregherò appunto di scusare se non sarà una risposta così forbita sul piano del linguaggio, ma cercherà di essere chiara nel senso delle parole. La cons. Menapace mi ha definito un novellino e prendo atto se lei con ciò vuol dire che io effettivamente dico quello che penso. Non posso accettare — e questo l'ha detto giustamente il cons. Molignoni — che si definiscano novellini i due Ministri degli esteri Saragat e Kreisky; e ridurre a uno slogan il parere espresso che il problema dell'Alto Adige sia non solo un problema politico, ma un problema sociale, sareb-

be proprio una mancanza, non solo di rispetto a questi due uomini, ma una mancanza di rispetto alla realtà. Io ho voluto sottolineare e voglio ancora sottolineare l'importanza di questo problema sociale, perché proprio all'interno del gruppo sudtirolese questa realtà non ha ancora trovato una soluzione; perché effettivamente quello che ho detto, che noi siamo rimasti indietro nel tempo, ce lo conferma. Ce lo conferma questo persistere effettivo di strutture arcaiche — giustamente definite — che esasperano i nazionalismi, e proprio coloro che hanno in mano le possibilità, molte volte, di risolvere questi problemi sociali, deviano l'attenzione verso i problemi politici. Questo è il pericolo maggiore, e questo pericolo io lo intravvedo, e lo intravvedo come uno dei pericoli anche più gravi per l'esistenza della Regione e dell'autonomia della Provincia. E perciò io respingo il fatto che sia uno slogan e dico con tutta franchezza alla collega Menapace di non misurare sempre col metro del proprio partito: proprio la D.C., a mio parere, vive di slogans; incapace com'è di esprimere anche sul piano nazionale un programma concreto, essa ha la necessità, con degli slogans elettorali che vanno dall'aprile 1948 fino adesso, di trovare un punto comune alle varie e differenziate correnti e gruppi di interessi che la compongono.

E perciò respingo questo fatto dello slogan, e io credo, pur rispettando la sua idea, che anche questa idea dell'integrazione non resista sul piano dei fatti; è anche questo uno slogan che non ci porterà avanti. Cosa significa integrazione? Finora quelli che si sono integrati sono gli speculatori, sia italiani che tedeschi; quelli si sono integrati senza tanti slogans politici, ma per la soluzione concreta dei problemi sociali e politici su questa strada non credo si possa andare avanti. Io mi auguro che una programmazione vera riesca a fare qualcosa per

lo sviluppo della provincia e della regione, ma per quanto ho sentito, come si può credere in verità a questa programmazione, se quelli da una parte mandano a dire a certi gruppi conservativi di non preoccuparsi di questa programmazione, e quasi fanno sapere che questa programmazione non toccherà interessi vitali? E io mi chiedo: sarà questo il banco di prova? Io sono d'accordo con il cons. Molignoni, ma vedremo se questo banco di prova resisterà ai fatti. E sotto alla presa di posizione, quasi un po' astiosa, della gentile collega Menapace, io trovo un motivo molto interessante e molto attuale: forse la D.C. teme di perdere la rappresentanza che finora ha avuto degli interessi del gruppo sudtirolese, tramite la S.V.P.? Forse teme che le sfuggano di mano queste leve di potere, che significano effettivamente — io devo dirlo — un incontro di gruppi conservativi? Io sotto questa presa di posizione, vedo questa paura; perché, vedete, non vi preoccupa che nel nostro gruppo ci sia della gente che considera ancora l'illustre sconosciuto Donoso Cortes l'ultima scoperta della filosofia politica.

Forse anche vi fa comodo che noi non abbiamo ancora saputo che c'è stata la rivoluzione francese, — o molti di noi — che non abbiamo saputo che *libertè, egalitè, fraternitè* siano una realtà, cioè siano una necessità che deve essere tradotta anche nella realtà politica. Queste cose vi fanno forse comodo? E vedo in questa presa di posizione, che io definisco appunto astiosa, una lotta preconcepita di definirmi un confusionario; ma devo dire che il mio lavoro di chirurgo non esclude le confusioni, devo dirlo francamente: siamo gente aderente ai fatti, e gli arzigogoli e le sovrastrutture di parole non mi impressionano troppo. Vedete, questo è il fatto importante, che anche nel gruppo di lingue tedesca si veda la realtà dei fatti, si veda che la necessità o la difficoltà di sciogliere cer-

ti problemi incancreniti sul piano politico nazionale, sia facilitata con lo sciogliere prima le difficoltà sociali ed economiche. Non lasciare sempre che si dica: ma è colpa dei problemi politici: « No ». Attaccare direttamente i problemi sociali delle classi anche meno abbienti, trarre da queste situazioni, da queste strutture superpassate dai tempi. Ed è questo il mio compito forse, un compito difficile e io mi rallegro di non essere il solo. Ringrazio il collega Molignoni delle sue parole e riconosco che naturalmente il compito che aspetta noi, che abbiamo queste idee e questi ideali, è un compito che deve essere svolto dai sudtirolesi stessi, i quali però devono sapere dove stanno i loro amici, e per me i nostri amici stanno a sinistra.

PRESIDENTE: La parola alla signora Menapace.

MENAPACE (D.C.): Desidererei chiarire preliminarmente, proprio per il fatto che sono una novellina del Consiglio regionale, e quindi non sufficientemente conosciuta, che nel parlare indulgo, così, qualche volta, per temperamento, a una certa ironia e a una certa sottovalutazione dei problemi. Per temperamento, dico; e lo dico perché sembra che non tutti se ne siano accorti. Credo che una certa dose di ironia e di capacità di dare ai problemi le loro dimensioni reali, sia umanamente assai importante, e che serva a tutti per riconoscere i limiti delle proprie posizioni e i limiti di tutte le posizioni politiche, che, per il fatto stesso di dialettizzarsi, sono molto spesso esclusive. Tutti sanno che un discorso culturale è sempre più comprensivo e dialogico di quanto non siano le posizioni politiche, che a un certo momento si devono definire, e devono assumere anche un certo impoverimento indispensabile. Per la verità io non ave-

vo definito novellini della politica i ministri che hanno inventato lo slogan del problema sociale, anzi avevo detto che questo faceva parte proprio della loro abilità di ministri, e che novellini erano quelli che non sapevano riproporzionare questo slogan in una visione più generale. Si sa bene — e sono proprio i partiti socialisti che sanno questo meglio di altri — che il mito della socialità, disgiunto da una precisa definizione politica, è una presa in giro, e che con il riempirsi la bocca di problemi sociali si può provocare la stessa confusione, lo stesso allontanamento dai problemi, che col riempirsi la bocca dei problemi nazionali. Perciò la preminenza della scelta politica su queste indistinte idee di socialità o su queste indistinte idee di nazionalità; da qui la preminenza della scelta politica, che è appunto una scelta di potere esercitato con ben distinte valutazioni dei tempi e dei modi. Se qualcuno ha potuto offendersi per il tono un po' leggero con il quale io ho indicato queste cose, me ne scuso; non avevo nessuna intenzione di offendere e sono a mia volta sempre molto disposta ad apprezzare lo spirito altrui e l'altrui ironia. Devo però dire che se la confusione può essere utile in chirurgia — non mi pronuncio su questo punto, perché è totalmente al di fuori delle mie competenze — sarebbe bene che non venisse trasferita, questa confusione, nelle prese di posizione politiche, le quali, hanno bisogno di chiarezza. Ora io credo di dover dire del tutto schiettamente che tra i pronunciamenti di socialismo democratico del cons. Jenny e il suo linguaggio e il suo modo di vedere i problemi, c'è una fondamentale contraddizione. Il cons. Jenny si dichiara socialdemocratico e attacca il centro-sinistra con le stesse posizioni dei partiti comunisti. Io sono molto rispettosa della posizione dei par-

titi comunisti, che si dichiarano tali, ma mi pare veramente inconcepibile che uno che si dichiara socialdemocratico adoperi lo stessissimo linguaggio che adoperano legittimamente e con piena apertura i partiti comunisti; allora si dichiara per quello che è.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Gouthier.

GOUTHIER (P.C.I.): Signor Presidente, signori colleghi, ritengo che il tema di fondo che è venuto a costituire l'oggetto del nostro dibattito in questi ultimi giorni e che ha preso le mosse dall'intervento della collega Menapace, vada al di là di una semplice querela di carattere personale o personalistico o anche interpartitico, e che non possa in nessun caso ridursi nemmeno a una operazione di accaparramento, di etichettamento delle nuove manifestazioni politiche, che sono venute emergendo all'interno del gruppo etnico di lingua tedesca. Io quindi voglio brevemente affrontare questo problema, cercare appunto di spersonalizzarlo il più possibile, di dargli un contenuto politico, di valutarlo politicamente, non personalisticamente. Dico subito che, come tutti noi, ho ascoltato con interesse l'intervento della collega Menapace; e la prima impressione che ho avuto — impressione che conservo tuttora — mi ha portato a un ricordo, a un ricordo degli anni 1956, della vita politica generale del nostro paese. C'era allora una crisi nel nostro paese, una crisi politica e anche culturale; una crisi che investiva più o meno tutti gli orientamenti, tutti i partiti politici del nostro paese: la destra e la sinistra. Crollavano dei miti, c'era insomma un vuoto, un vuoto causato anche dal definitivo inabissarsi dell'idealismo crociano, gentiliano, del rinnovamento del marxismo, e

così via. In questo vuoto sono arrivate delle ondate, delle ondate da oltre oceano, le ondate della sociologia, le ondate di idee abbaglianti, apparentemente e radicalmente rinnovatrici, apparentemente capaci di sconvolgere, di scombusolare le carte del gioco politico e anche del dibattito ideale e culturale del nostro paese. Ecco, la mia impressione è stata questa: che le proposte, le tesi della professoressa Menapace siano piombate in un vuoto, siano piombate, per qualcuno, come una ancora di salvezza, una via d'uscita, che qui, ripeto, riallacciandomi al mio precedente intervento in ordine al problema dell'Alto Adige, non ci siamo sforzati adeguatamente di trovare. Permettetemi di dire che ormai non sono il solo, perché, se ho ben compreso il senso delle parole del collega Molignoni, anche in altri settori politici c'è questo timore, questa consapevolezza di un vuoto che bisogna riempire, che bisogna riempire con una politica seria e concreta.

Per questo ho avuto l'impressione che la tesi dell'integrazione sia stata come un'ancora di salvataggio, un colpo di testa intelligente, raffinato, perché esce da settori culturalmente avanzati, e tecnicamente raffinati della cultura italiana, quali sono quelli che vengono elaborati a Milano, presso l'Università cattolica; tesi indubbiamente da prendere in esame, ma che noi comunisti riteniamo essere inadeguate, perché più che rappresentare un metodo di ricerche di analisi, un metodo per andare avanti, rappresentano, tutto sommato, un obiettivo, un obiettivo verso il quale, con significati parzialmente diversi, tutti più o meno noi convergiamo. Perché integrazione, se ho ben compreso, significa concorso di più energie, da più punti di partenza, verso il bene comune, verso una volontà unitaria, verso un reciproco rispetto e così via. Ora io penso che al di là delle

differenziazioni politiche, questo sia un obiettivo di ricerca valido per tutti noi. Ma il punto mi sembra che oggi non sia tanto questo, perché tutti più o meno ci muoviamo nell'ambito di determinati valori, nell'ambito di una determinata civiltà, ma sia il punto di vedere come, dallo stato concreto attuale, si possa arrivare a questa meta, brillantemente enunciata, ma che appare inconsistente ai fini pratici. E qui non si può non vedere che peso, che ripercussioni ha avuto questa tesi, che incidenza ha avuto questa tesi, non soltanto nell'ambito dei partiti di lingua italiana, ma anche nell'ambito del partito di lingua tedesca, della S.V.P. Perché è un fatto che qualsiasi tesi noi vogliamo elaborare, noi vogliamo discutere sul problema altoatesino, è un fatto che dobbiamo discutere in due, che dobbiamo discuterla tra partiti e gruppi etnici di lingua italiana, di lingua tedesca; è un fatto che se noi elaboriamo una tesi, una dottrina brillante, raffinata finché si vuole, ma che non trova eco, che non trova riscontro, allora si ricade nel dialogo tra sordi, e qui si progredisce sul piano letterario, non si progredisce sul piano politico, concreto e reale. E dico subito che non mi ha stupito, aprendo i giornali del giorno successivo, i quotidiani del giorno successivo, vedere il rilievo che la tesi della collega Menapace ha avuto sulla stampa di lingua italiana, e vedere lo scarsissimo peso, direi un peso puramente cronachistico, che ha avuto sul giornale di lingua tedesca. Assenza di riflessione, insufficienza di tempo per meditare su una proposta? non credo, non credo. Non credo, perché le impressioni che ho avuto da colloqui con colleghi di lingua tedesca, mi hanno confermato un senso di inafferrabilità, un senso di impossibilità di concretizzare su un piano politico reale le proposte della nostra collega. E del resto che eco hanno avuto nel congresso della S.V.P., indipendentemente dal-

le tesi che sono affiorate in questo congresso? Sono state discusse, sono state valutate? Non mi risulta. Non ero presente, perché antidemocratico, ma non mi risulta. Che eco hanno avuto in alcuni esponenti della S.V.P. — parlo del collega Jenny —? L'abbiamo sentito, l'abbiamo sentito poco fa. È per questo che io esprimo un timore, un timore che l'enunciazione di questa tesi possa rappresentare ancora una volta una fuga in avanti, come si suol dire in linguaggio politico; possa rappresentare, di fronte alle difficoltà concrete del momento, che esigono una discussione concreta in termini istituzionali e in termini economico-sociali, una brillante esercitazione accademica. E queste mie preoccupazioni si rafforzano nell'ascoltare la posizione politica che è stata assunta nei confronti del collega dott. Jenny. Io lascio da parte tutte le questioni, le sfumature di carattere personale, ma questa mia preoccupazione è stata confermata adesso dal breve intervento della collega Menapace. Io ho riflettuto a lungo sulla presa di posizione e ho enucleato due elementi. Un primo elemento: quanto di compiacenza intellettualistica, quanto di volontà di fare un'esercitazione brillante per stroncare una persona politicamente, quanto di facilità di parola — cosa questa di poca o di scarsa rilevanza —, ma quanto invece di disegno politico, di contenuto politico, in questa presa di posizione nei confronti del collega Jenny. E direi che mentre il primo aspetto è per nulla rilevante, il secondo aspetto per noi comunisti è estremamente rilevante. Perché se la democrazia cristiana, per bocca anche, di un autorevole esponente di una corrente che noi comunisti riteniamo tra le più avanzate, attacca in modo forte un barlume, un sorgere di correnti, di spirito di classe, di sinistra, laico, all'interno della S.V.P., questo non può non avere un preciso significato politico da valutar-

si e che noi dobbiamo e vogliamo valutare. Cioè noi non possiamo non esprimere il nostro timore che in questa presa di posizione si manifesti nella democrazia cristiana un disegno di natura integralistica, un disegno, una volontà di contrattare da partito a partito cattolico, di voler permanere su questo binario, come nel passato, nel presente, nel futuro. Di qui la volontà di soffocare ogni fermento che si scosti, che esca fuori da questo binario obbligato. Ed è su questo punto — se questo è vero, perché questo punto è oggetto di nostra riflessione; non vorremmo, ripeto, confondere quanto di compiacenza intellettualistica e quanto di disegno politico ci sia — ma se questo è vero, è il punto che noi giudichiamo grave, che abbiamo giudicato grave nel passato, e che riteniamo molto grave ancora oggi. Del resto questa preoccupazione è stata espressa giorni fa sul più diffuso quotidiano dell'Alto Adige. Sono motivazioni diverse, evidentemente, che stanno alla base di questa preoccupazione. Noi, diciamo subito, non vogliamo accaparrarci — anche perché un giudizio, politicamente serio, politicamente ponderato sul cosiddetto problema Jenny, è, a nostro avviso, prematuro — noi non vogliamo accaparrarci o porre etichetta. Noi però siamo in grado di dire sin d'ora che è un fatto politicamente importante, politicamente importante ai fini della soluzione del problema altoatesino, che all'interno di un gruppo etnico di lingua tedesca si manifestino differenziazioni, articolazioni politiche, articolazioni di classe. Non è il caso di discutere qui il modo più o meno letterario con cui queste manifestazioni, queste articolazioni vengono fuori; è però sin d'ora indispensabile dare un giudizio sulla necessità e sulla opportunità di queste articolazioni politiche. Ed è per questo che per noi ogni articolazione politica, e quindi ogni articolazione politica che viene fuori

a sinistra, è un fattore importante del progresso nell'interesse della popolazione sudtirolese, interesse di tutti noi, per una rapida soluzione del problema altoatesino. Ed è per questo che le distinzioni tra idea di socialità e idea di nazionalità, che sono state pochi minuti fa indicate, non sono valide o sono valide su un piano puramente scolastico, perché il problema è di vedere qual è il contenuto politico, come all'interno del mondo sudtirolese può, oggi, manifestarsi un elemento di rottura, un elemento di articolazione politica a sinistra.

Queste poche riflessioni volevo dire, queste poche preoccupazioni nostre. Noi attendremo, seguiremo costantemente in questo dibattito le posizioni che emergeranno, ma, ripeto, la nostra linea, che può apparire una linea illusoria, una linea lunga, una linea difficile, non può non essere quella di ricercare, con chiunque si muove sul terreno degli interessi dei ceti meno abbienti, un accordo difficile certamente, ma un accordo unitario che faccia andare avanti quei problemi sociali che sono intrecciati ai problemi nazionali, che possono manifestarsi anche in termini non di programmazione, che possono manifestarsi anche in termine del linguaggio non evoluto, non preciso del prof. Saraceno o del prof. Siro Lombardini, collega Menapace, ma che hanno un contenuto innovatore anche nella loro semplicità, anche nella loro freschezza di manifestazioni. Questo volevo dire.

(Ore 11,55).

Ore 12,13.

PRESIDENTE: Prego prendere posto.
La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Signor Presidente io non avrei inteso prendere la parola questa mattina, e credo di dover dire che se lo faccio lo faccio proprio nella speranza che attraverso questo mio intervento, che occuperà questi ultimi minuti della seduta odierna, sia reso più facile il ricostituire quella che è una ordinata discussione generale del bilancio. Perché non mi pare che sia stata fino a questo momento una discussione che si sia svolta sugli schemi tradizionali, parlamentari, perché, specialmente quando si discute un bilancio del primo anno di legislatura, e ci si trova di fronte a delle dichiarazioni programmatiche, così ampie, come quelle rese dal signor Presidente della Giunta; tenuto ancora conto del fatto che nel momento della elezione del signor Presidente della Giunta si erano sì fatte delle dichiarazioni di natura politica, ma ci si era rimessi e si era fatto richiamo a quella che sarebbe stata la distribuzione dell'accordo interpartitico e delle più ampie relazioni che il signor Presidente della Giunta, in occasione della discussione del bilancio di previsione avrebbe fatto, costume parlamentare direi anche cortesia parlamentare, e doverosa chiarezza nei confronti di chi sta fuori di qui, pretenderebbero che anche gli altri gruppi di maggioranza, come ha fatto lodevolmente il cons. Molignoni, per il partito socialista democratico italiano, prendessero la parola, e chiarissero quali sono le loro posizioni, quali sono stati i motivi che li hanno spinti all'accordo, quali sono i programmi, e, via, per essere più franco e più sincero, costume parlamentare vuole che i partiti che formano la maggioranza, dicano almeno, dinanzi all'assemblea, in appoggio alle dichiarazioni del Presidente, la loro opinione, i loro motivi, i loro propositi.

Finora la maggioranza è intervenuta, indubbiamente, specialmente alcuni consiglieri

della democrazia cristiana, nuovi e non nuovi, autorevoli per lunga tradizione di incarichi e di potere, e autorevoli sul piano culturale e delle nuove idee, ma un intervento del capogruppo o di chi lo voglia sostituire, da parte della democrazia cristiana, non si è avuto. Così si è avuto un silenzio completo — ed è vero quanto dice più di una volta il cons. Brugger, che il silenzio è d'oro — un silenzio completo da parte del P.S.I., che finora non ha parlato. Ora io prendo la parola in questo momento, mentre avrei più utilmente e forse avrei avuto anche il diritto di prenderla dopo che questi gruppi di maggioranza si fossero espressi, proprio nella speranza che domani finalmente si scopran le tombe . . .

TANAS (P.S.D.I.): Si levano i vivi, però!

CORSINI (P.L.I.): No, no, si alzino le trombe della maggioranza a dirci quali sono i loro propositi . . .

MITOLO (M.S.I.): Meno male che non c'è nessun socialista qui dentro!

CORSINI (P.L.I.): Ecco che allora io rimetto agli interventi articolati, signor Presidente del Consiglio, tutte le questioni di natura economica, che avrei avuto intenzione di trattare a nome del mio gruppo, nel secondo intervento. E le rimetto, oltre che per questo motivo, per un altro motivo: non so se i signori colleghi se ne sono resi conto, ma la discussione generale che finora si è avuta, è stata la conferma più grande di quanto io avevo detto all'inizio del mio primo intervento, che cioè eravamo di fronte a una situazione di mobilità, a una

situazione nuova, a una situazione di sganciamento interno di singole correnti, all'interno dei singoli partiti, cosa che io avevo rimproverato all'attuale maggioranza di non aver preso sufficientemente in considerazione — questo era, collega Molignoni, il senso del mio discorso — perché oggi, proprio qui, in questa discussione consiliare, ci siamo accorti di che cosa? Che abbiamo dimenticato tante cose, abbiamo dimenticato tanti problemi per trattarne uno enormemente più importante, sia ben chiaro. Per puntualizzare come il volto del Consiglio regionale all'inizio di questa legislatura, sia fundamentalmente diverso da quello che è stato nel passato. Abbiamo ancora la democrazia cristiana con il suo peso, abbiamo la S.V.P. col suo peso e fino a questo momento non il suo silenzio, ma abbiamo che cosa? Abbiamo una cortese, più o meno cortese polemica, tra — non parlo di uomini — tra idee nuove che sono venute qui nel nostro Consiglio.

Mi richiamo ai nomi solo per comodità e per brevità, ma è certo che il collega Jenny, con la sua simpatica franchezza — da novellino è stato detto, non importa — io non so se bisogna proprio arrivare alla fine della propria esperienza per avere il coraggio di dire le cose con estrema chiarezza; forse avviene proprio all'incontrario, forse accade che poi il tran-tran della vita quotidiana, le preoccupazioni della condizione dei partiti e via dicendo, smorzino quelle che possano essere le vivacità che uno all'inizio ha — abbiamo avuto il collega Jenny, che con la sua simpatica franchezza, ha svolto però — me lo consenta di dirlo — il ruolo di un elefante in un negozio di chincaglierie; saranno chincaglierie dei conservatori, saranno chincaglierie degli approfittatori di lingua italiana e di lingua tedesca che lei vede come gli unici ad essere integrati fino a questo momento, comunque quelle chincaglierie, se non le ha

spezzate — vedremo quanto resistono anche nel futuro — le ha perlomeno fatte tintinnare, ed è stato un tintinnio gradito: una voce nuova una voce franca, è sempre una voce da accogliersi con grande favore e con grande cordialità.

C'è stato poi il discorso impegnato — chiamiamolo così, con questo termine che oggi si usa — della collega prof. Menapace, alla quale vorrei dire che mi scuso anch'io della interruzione che l'altro giorno ho fatto mentre parlava, e non faccio però propositi per il futuro, perché di buoni propositi sono lastricate le vie dell'inferno, anzi sono altrettanto sicuro — e le domando scusa in precedenza — che la interromperò anche più violentemente dell'altra volta — perché in fondo è stata una interruzione sottovoce — ogni qualvolta mi sembrerà che — magari a torto da parte mia — lei segua delle dottrine di interpretazione della storia, per quanto concerne l'ideologia e la realtà dell'azione politica del partito liberale, che mi sono sembrate e mi sembrano errate. Non pretendo di esserle maestro, non ne ho l'età per essere tale, non ne ho i numeri per esserle tale, ma forse pretendere di conoscere almeno che cos'è il mondo del pensiero e dell'azione liberale, be', forse questo, se lei mi consente, proprio pretendo forse di saperlo, almeno per entusiasmo, un po' meglio di quello che lo sappia lei. Anche perché non mi succeda quel fatto che ha detto in questo momento, pochi minuti fa, non in questo momento, il collega Jenny, che si è scandalizzato lui — io non ho avuto modo di esprimere esteriormente lo scandalo da cui sono stato preso — quando ad una lettera, pubblicata sul giornale con tutti i riguardi, sinceri, non ipocriti, verso uno scritto di una autorità ecclesiastica, vedo il Dolomiten che mi spara addosso una pagina intera, dicendomi che devo andare ad imparare ancora che

cos'è il liberalismo, dal giudizio che di esso aveva dato Donoso Cortes.

Se mi si consente una piccola parentesi, dirò che sono stato preso dalla paura di non conoscere sufficientemente questo pensatore, ed ho scritto a un mio amico — non posso chiamarlo collega, perché insegna all'università e io sono appena un insegnante delle scuole medie — di Madrid, chiedendogli che mi mandasse qualche notizia di questo illustre pensatore, che era stato invocato come una autorità indiscussa, per tagliare la testa al toro. E in Spagna si fanno le corride, e perciò si invocano sempre i toreri spagnoli.

Nato nel 1809, morto nel 1853, autore di alcune opere, che sono, per dir la verità, studiate in questo momento, anche nel mondo culturale di lingua tedesca, particolarmente in Germania, il riassunto del pensiero di Donoso Cortes, nei confronti dei liberali, è questo: « Questi liberali cattivi, pensate che non sono solo atei » — non lo dice ma sembra che voglia dire: eh, lasciamo perdere, questo si potrebbe anche capire — « ma sono dei repubblicani, non vogliono la monarchia in Spagna ». E con questi maestri si pretende a volte di dare delle lezioni a un pensiero come quello liberale, che, qualche cosa, forse, — l'ha ammesso anche la collega Menapace, nel momento in cui ha ritoccato con una mano un po' più vellutata, dopo la mia interruzione — il pensiero liberale questo pensiero liberale, che qualche cosa al mondo ha dato. E purtroppo è stato anche repubblicano — io domando scusa ai conservatori che magari ancora vogliono o vagheggiano il ritorno delle monarchie.

Ecco, signor Presidente, la novità c'è, è inutile che ce lo nascondiamo: c'è la novità Jenny, c'è la novità Menapace, c'è la novità Raffener, ci sono tutte le altre novità alle quali avevo accennato nel mio primo intervento; e

non avendo tenuto conto di queste novità nel momento in cui si facevano le trattative per la formazione del governo regionale, evidentemente bisogna tenerne conto oggi. Spuntano, vengno alla superficie, anche se sarebbe stato enormemente gradito alla DC da una parte e anche alla S.V.P., sotto altri aspetti, dall'altra, che queste novità fossero rimaste tranquille e non avessero avuto una manifestazione esterna.

Vi dico che il mio intervento si puntualizzerà oggi, non tanto nei confronti di quello che è stato l'intervento della collega Menapace, quanto nei confronti di quello che è il contenuto di tale intervento; e dico subito che mentre parlava la collega Menapace, io ripensavo a un fatto concernente il comune di Fenestrelle, che è sui confini della Francia. Venuto in possesso dello Stato dei Savoia dopo la pace di Utrecht nel 1713, questo comune di Fenestrelle — lo voglio dire perché ha la sua importanza — il quale aveva dato ampia ospitalità, cordiale ospitalità a delle minoranze religiose come i waldesi, a distanza di un centinaio d'anni, — o anche prima, non ricordo la data con esattezza, ma eravamo ancora nel 1700 — a distanza di qualche decennio, riunisce il proprio consiglio comunale e delibera che cosa? Delibera di abbandonare la lingua francese e di assumere, da quel momento la lingua italiana come lingua ufficiale per gli atti comunali, perché — traduco, se mi consentite, perché la mia pronuncia francese non è irreprensibile — « perché questa è ormai la lingua della nostra patria ». C'è agli atti: chiunque voglia può andarsi a vedere questa delibera comunale, che fra il resto è stata anche pubblicata. Ma pensavo a Fenestrelle mentre parlava la dott. Menapace, con questo proposito di domandarmi: siamo di fronte ad una assimilazione, in questo caso, o siamo di fronte a una integrazione? Perché il problema posto dalla dott. Menapace è poi

stato questo, verò? Integrazione o assimilazione? Io non saprei rispondere; so che questo atto è stato un atto di libera volontà, che allora non esisteva lo stato liberalnazionale, quello stato su cui oggi si scaricano tutte le colpe del passato, anche quando non c'entra per niente; perché per esempio lo stato liberalnazionale italiano, non credo abbia avuto problemi di minoranza, se non nel momento in cui il Risorgimento, nella sua essenziale componente liberale, è stato tradito, sul finire del secolo, dalle concezioni imperialistiche e colonialistiche, che purtroppo sono state comuni, direi così, a tutti gli stati meno forse la nostra piccola Italicetta dalle mani pulite, perché noi il colonialismo l'abbiamo fatto a scartamento ridotto — anche quello — e in ritardo, in estremo ritardo, nel 1911 in Libia . . . No, ma io non direi « purtroppo », ma direi che caso mai questo è un qualche cosa che può tornare a onore della nostra storia e della nostra nazione. Ma è certo che — e qui il discorso va ai colleghi della S.V.P. — è certo che noi non dobbiamo riporci sulla base su cui era stata risposta la storiografia nell'epoca mussoliniana, base che mi pare, sia, in un certo senso, anche implicita, magari senza un cosciente, completamente cosciente avvertimento, anche nelle dichiarazioni rese dalla dott. Menapace. Nel momento in cui facciamo il processo allo stato liberalnazionale dell'ottocento, non mettiamoli tutti quanti in blocco, per piacere, non mettiamo tutti quanti gli stati liberalnazionali in blocco, perché, guardate, uno degli errori storiografici di cui oggi molti ancora degli storici viventi si battono il petto perchè si sono lasciati traviare in quel momento da quelle che erano le concezioni imposte dal corso politico di allora, è stato proprio quello di affermare che il risorgimento liberale è andato di pari passo con il risorgimento germanico. No, signori, non è vero, consentitemi con estrema modestia

di dirvelo, ma non è affatto vero. C'è stato un fattore comune fra le due nazioni: quello della unificazione; questo è vero, il problema della unificazione nazionale; c'è stato qualche momento storico comunque, per esempio nella assemblea di Francoforte, quando si è fatta la costituzione tedesca, presenti anche i nostri stessi rappresentanti — allora si diceva del Tirolo del sud — quei lavori della costituzione di Francoforte che io vi invito a rivedere, colleghi della S.V.P., non per continuare a ripalleggiarci le responsabilità: voi avete fatto questo, italiani, noi tedeschi abbiamo fatto quest'altro, no, ma per arrivare, se è possibile, alla posizione di dire che errori nel passato ne abbiamo compiuti tutti e che continuando a trascinarci il passato sulle spalle, continueremo a compierne ancora, mentre se riusciamo a scrollarci di dosso questo passato e a rimetterci su un terreno nuovo, può darsi che errori non ne compiamo né l'uno né l'altro. In quei lavori della costituente di Francoforte voi avreste potuto leggere, o leggerete, se accoglierete questo mio invito, la interessante e onesta e accettabile anche oggi, dichiarazione del deputato trentino, il barone Giovanni a Prato, proprio sui problemi delle minoranze, e la risposta del deputato Meunberg, il quale dice: a questo io rispondo solo così: « Beati possidentes; il Tirolo ce l'abbiamo — il Tirolo del sud, si diceva allora — e ce lo teniamo ». Ora non è vero che lo stato liberalnazionale possa essere accomunato, non è vero che il risorgimento abbia una posizione ideologica unitaria, sotto questi aspetti qui; è vero che il risorgimento italiano ha avuto un'informazione liberale e democratica e mazziniana, anche attraverso quella che è stata l'opera del tessitore Cavour, che badava più a quelle che erano le realizzazioni concrete e immediate, pur avendo dei grandissimi ideali — leggevo ieri, signor Presidente della Giunta, mi rileggevo le

ultime parole di Cavour, dette il 6 giugno di mattina, prima di morire, con il frate accanto. (Cavour, se non lo sapete — forse questo ai democristiani che continuano ad accusarci di ateismo, può essere utile, così, non perché vogliamo rifarci una verginità religiosa, ma così soltanto per rimettere in sesto quelle che sono le posizioni reali) Cavour è morto confessato, comunicato e con l'estrema unzione, e, guarda però, dopo aver avuto l'estrema unzione, si è rivolto al frate, dicendo: « frate, frate, ricordatevelo, libera Chiesa in libero Stato ». E con queste parole, il Cavour ha chiuso la sua vita terrena. E prima parlava dell'unità nazionale, e riconfermava che l'unità nazionale non doveva essere altro che un problema di integrazione politica. Ecco, io non lo capisco in un altro modo, quel discorso del Cavour, quando dice: « non esistono più piemontesi, non esistono più toscani, non esistono più lombardi, e via dicendo », si dice: esistono purtroppo i napoletani; esistono i napoletani — no, il « purtroppo » l'ho aggiunto io, perché non riguarda le persone, riguarda la situazione — con le loro superstizioni, con la loro corruzione, e raccomandava il Cavour, proprio in quelle ultime ore: « Però non stato d'assedio, non misure forti, educazione ed educazione ».

Ecco, io mi domando: questo problema dell'integrazione, che è stato sparato qui come una specie di panacea per il futuro, e che noi prenderemo in considerazione — il mio intervento è proprio testimonianza della considerazione che per questa dottrina abbiamo avuto — non è un problema che riguardi soltanto le minoranze di natura linguistica, di natura nazionale o via dicendo, è un problema che riguarda l'intera società umana, la formazione degli stati unitari. Ecco perché in quella dichiarazione noi parlavamo proprio di svolgere opera sul piano culturale e politico — lei non c'era collega Me-

napace in quella mattina — per indurre i rappresentanti del gruppo linguistico tedesco a guardare anch'essi con gli occhi del futuro, piuttosto che con quelli del passato; e dicevamo prima che desideravamo porli nella condizione di constatare nella realtà di ogni giorno, che i loro problemi sono gli stessi degli altri cittadini italiani e degli altri europei. È integrazione questa, o non è integrazione? Io parto dal presupposto che esistono delle minoranze, sul piano biologico e razziale; evidentemente, io lo spero, anzi ne sono sicuro, nessuno di noi quando parla di problemi di minoranze, si riferisce a minoranze biologiche e razziali, perché abbiamo tutti — e di questo voglio esserne certo, altrimenti non ci sarebbe neanche una base comune del discutere — abbiamo tutti la coscienza della assoluta unità, uguaglianza dell'uomo come tale, indipendentemente dalla razza, indipendentemente dalla stirpe, indipendentemente da quelle che possono essere le condizioni di natura biologica. Evidentemente le minoranze a che cosa si riducono? Si riducono a minoranze di natura culturale, intendendo nella cultura la lingua, la tradizione, gli usi, i costumi, la stessa religione, e solo su questo piano dei valori umani, non dei valori della natura, si può parlare di minoranze. La natura è sempre stata il fatto brutto che si è opposto alla storia e alla volontà degli uomini. E la storia e la volontà degli uomini sono state uno sforzo continuo per vincere quello che è il fatto brutto della natura: quel fatto brutto, che sul piano biologico si manifesta attraverso le razze e le stirpi; sul piano dei confini si manifesta attraverso l'esistenza di catene di monti o di fiumi, che interrompono e a volte si sono presi artatamente per motivi di interruzione, dei rapporti fra i gruppi umani, che al di là della catena di monti o al di là del fiume vivono. Ora non c'è un problema, a meno che

non si voglia restringere la nostra visione, un problema che sia specifico, di una integrazione delle minoranze, su questo piano in cui l'abbiamo posto noi; è identico e uguale a tutti i problemi della convivenza umana: la integrazione è il continuo, il costante rapporto, la costante collaborazione dell'individuo con la piccola società familiare in cui nasce, della società nel comune, del comune e dei vari gruppi all'interno di uno stato; di questi stati che sono nati alla fine del secolo scorso e all'inizio di questo nostro secolo, come stati nazionali, come stati che auspicavano il raggiungimento di una unità, allo stesso modo come dal comune si è passato alla ragione. L'abbiamo detto più volte da questo banco, che noi consideriamo lo stato nazionale, non come il fine a cui è arrivata la storia umana, lo consideriamo sullo stesso piano in cui lo vediamo oggi, guardando all'indietro, lo stato regionale italiano, del 4 o del 500, sono stati elementi necessari per coagulare una molteplicità molto più frazionata e per muovere da questa raggiunta unità regionale agli stati nazionali, allo stesso modo come cerchiamo oggi di superare lo stato nazionale per giungere a una unità superiore, che idealmente — e speriamo che possa avvenire —, dovrebbe essere quella addirittura dell'intera società umana e che per il momento vogliamo concretizzare nella unità degli stati europei.

Questo termine, collega Menapace, di integrazione, io non voglio essere così duro come è stato il collega Gouthier, il quale ha parlato di abilità oratoria, di abilità dialettica, ma mi consenta di dirle, con molta franchezza, che quella distinzione che lei ha voluto fare tra assimilazione e integrazione, è una distinzione, guardi, verbalistica, è una distinzione verbalistica, ed è anche una dottrina suggestiva, se vogliamo. Io le confesso che mentre lei parlava

mi ero, in un certo senso, lasciato prendere anch'io dalla suggestione del suo intervento, senonché, pignolo come sono e come tutti riconoscono, disgraziatamente che sono, sono andato poi a rivedermi se lei aveva veramente scoperto l'acqua calda, perché a un dato momento bisogna anche porsi questa domanda, bisogna domandarsi se le nostre scoperte di oggi, pur essendo indubbiamente frutto di un cervello capace e diligente, portano però effettivamente qualcosa di nuovo, o se invece con una maggior attenzione e una maggiore osservazione dei pensieri degli uomini passati, non si sarebbe forse potuto evitare di venir qui a parlare di dottrine, che non sono dottrine nuove, perché non sono dottrine nuove.

Vede, « L'Adige », del quale io sono attento lettore, — un po' perché mi dedica una di quelle piccole cattiverie, che con cortesia e con buon gusto e buon garbo ha fatto anche lei nei confronti del collega Jenny e anche nei confronti miei, un po' perché val sempre la pena di conoscere il parere degli avversari — « L'Adige » ha scritto: « Una certa prospettiva liberale, messa in forse dall'oratrice, che è lei, avrà bisogno di essere riconfortata dagli esponenti del P.L.I. ». Io, in sostanza, rifiuto e respingo, nel modo più categorico e preciso, e sulla base — spero almeno — di una sufficiente conoscenza di questo problema anche nel passato, quell'aver lei accomunato l'assimilazione, vuoi di natura totalitaria, vuoi di natura anche democratica, e quell'aver attribuito alla assimilazione, al concetto e alla dottrina dell'assimilazione, tutte le colpe e tutti i mali, e aver detto addirittura che « questo è il massimo al quale può arrivare un uomo, che sia ancora legato alle vecchie dottrine dello stato liberalnazionale ». Io lo respingo. Bisogna affermare che lei effettivamente — le domando scusa — non ha sufficientemente riflettuto su

questo termine di assimilazione, oppure non ha conosciuto quale significato al termine di « assimilazione » si dava, nel momento in cui parlavano gli uomini del liberalismo. E allora, poiché io non pretendo di essere maestro a nessuno, ma riconosco l'esistenza di molti maestri di parte sua e di parte mia, la prego di prendere in considerazione che cosa ha scritto Luigi Einaudi, il 31 maggio del 1915, dove, fra il resto, i termini di « assimilazione » e di « integrazione » sono usati, così, con una certa facilità e comunità di linguaggio, il che vuol dire che non abbiamo dovuto aspettare l'anno 1965 per affrontare questo problema, che è un problema importante, di natura culturale.

Era il 31 maggio 1915, immediatamente dopo la dichiarazione di guerra dell'Italia agli imperi centrali, e sarebbe interessante che il dott. Jenny si rivedesse questi articoli di Einaudi, al momento in cui si commentava la presa di posizione dell'Italia nei confronti degli imperi centrali; anche perché vi troverebbe — voi vi scandalizzate di questo che io sto dicendo — vi troverebbe molti dei motivi ideali della sua posizione, del suo intervento. Einaudi non era un socialdemocratico, era un liberale; però chiunque abbia senso della storia, come indubbiamente lei ha dimostrato di avere, precedentemente ad ogni affermazione, a mio avviso, dovrebbe fare questa: la storia è sempre stata una lotta contro il passato per il futuro. In ogni momento il passato è rappresentato da qualche cosa che nei secoli precedenti poteva sembrare, anzi era il futuro, e poteva sembrare l'ottimo da raggiungere, e che una volta raggiunto si è constatato che aveva ancora bisogno di ulteriore miglioramento. Anche Einaudi, nel momento in cui parla dell'entrata in guerra dell'Italia contro gli imperi centrali, non si abbandona mica ad esclamazioni di natura nazionalistica, sa. Ho proprio riveduto,

in questi giorni, quegli scritti di Einaudi: « Le cronache di un trentennio politico », che vale la pena veramente di leggere. Non si abbandona a manifestazioni isteriche di nazionalismo od altro; afferma semplicemente questo: « Noi facciamo una lotta per debellare quello che è il mondo conservatore, che ha radicato la propria potenza negli imperi centrali ». Anche lì era il progresso contro il conservatorismo, anche lì; ogni momento della vita umana ha il progresso e il coservatorismo schierati l'uno contro l'altro. Sono temi che non sono nuovi: ritornano in tutta la letteratura politica e in tutta la letteratura storica, da quando, vorrei dire, abbiamo testimonianza del pensiero umano. Bene, per riprendere, io vorrei veramente dedicare alla nostra meditazione uno scritto di Einaudi — e ve lo dico con franchezza, io non sono un diplomatico —, nella speranza che possano uscire dalle vostre convinzioni alcuni giudizi errati che avete nei confronti del liberalismo. (Naturalmente mi rivolgo prima alla collega Menapace, che è stata quella che ha voluto ribadire, di sua iniziativa, come successivamente ha fatto — ma di questa ne parlerò successivamente — il collega Bolognani nel suo intervento tali giudizi). « Sono certo — scrive Einaudi — che se l'Italia racchiuderà nei suoi confini, qualche minoranza di lingua tedesca o slava, l'unico mezzo di assimilazione — la parola è usata in questo senso, proprio — che noi faremo, che noi porremo in opera, sarà quello del rispetto della lingua, delle tradizioni, degli usi, degli interessi delle minoranze incluse nei confini. È il solo metodo, il quale sia degno di una nazione, come l'italiana, nemica di ogni oppressione o di ogni persecuzione ». Questo era quello che il liberale Einaudi intendeva con il termine di « assimilazione ». Che cosa vuol dire lei nel momento in cui parla di « integrazione »?

Parla di una società disintegrata; questo è stato il suo giudizio sull'Alto Adige e non so se si riferiva soltanto al gruppo linguistico tedesco o anche al gruppo linguistico italiano. A mio avviso, fatta eccezione per pochi che vi risiedono da molti anni, adesso per dir la verità, fatta eccezione per tutti coloro che hanno più di 50-55 anni, 60 anni, perché gli altri sono nati e sono cresciuti in Alto Adige, se si può parlare di disintegrazione e di società disintegrata, in questo caso bisogna proprio riferirlo, sia al gruppo linguistico tedesco, sia al gruppo linguistico italiano. Ma il termine di disintegrazione, e l'auspicio della integrazione, non aggiunge nulla di più a questo concetto della assimilazione, così come è stato esposto da Einaudi, se non che cosa? Se non la volontà di collaborare, da parte del gruppo linguistico tedesco, e la volontà di sentirsi, da parte del gruppo linguistico italiano in Alto Adige, non in un territorio di privilegio, sotto qualsiasi punto di vista questo privilegio possa essere inteso, ma di sentirsi cittadini di lingua italiana e cittadini di lingua tedesca, rispettati così come si prevede anche in questa pagina di Einaudi, di sentirsi disposti alla collaborazione. Ma allora che cosa dovremo fare per ottenere questa integrazione? Dovremo — e su questo troverà sempre vicino il partito liberale a fare la stessa strada che chiunque onesto voglia fare in questo campo —, dovremo togliere di mezzo il più possibile, il più presto possibile, così come abbiamo chiesto nel nostro intervento, le difficoltà delle norme giuridiche esistenti, dei rapporti così come sono stati concretizzati nelle leggi generali e negli statuti e via dicendo; dovremo effettivamente dare e pretendere lo stesso rispetto della lingua, delle tradizioni, degli usi, degli interessi delle minoranze incluse nei confini, dovremo pretendere la conoscenza da parte nostra della

storia, dell'anima del mondo tedesco, in Alto Adige, e dovremo però pretendere dal gruppo linguistico tedesco, un'uguale conoscenza della nostra storia e un'uguale volontà di acquisirne e di accettarne i valori e il significato, secondo un altro testo di Einaudi, molto più vicino, — è del giugno del 1956 — quando ci avverte che « bisogna apprendere che oltre ai vivi ci sono i morti, e che questi hanno diritto di chiedere ai nuovi venuti di conoscere e di apprezzare ciò che essi hanno fatto in passato e di contribuire, conoscendolo, ad innalzarlo, non soltanto di accettare passivamente, non soltanto un atto di rispetto formale, ma addirittura impadronirsi dell'anima di questo popolo minoritario, di valorizzarne, e di contribuire, dopo la conoscenza, ad innalzarne le peculiarità ». Ma questa integrazione viene sul piano psicologico — e questo lei ha detto bene, dott. Menapace — viene anche sul piano dei rapporti umani, e forse qui tutti siamo stati colpevoli, anch'io lo sono stato per la parte mia, nell'aver sfiducia, nel guardarci con sospetto, nel dire: ma quelli son tedeschi, ce l'hanno con noi, i tedeschi ci guardano noi, italiani, e dicono: ma quelli sono italiani e ce l'hanno con noi. La integrazione si raggiunge attraverso un superamento psicologico di questa situazione qui. Non credo invece — mi perdoni — che sia uno strumento così miracolistico per l'integrazione, quel doppio strumento che lei ha indicato: la Giunta provinciale di Bolzano e la programmazione. Dirò poi poche parole sulla programmazione. Sulla Giunta provinciale di Bolzano, mi pare di dover dire che è un fatto politico, ma è un fatto politico contingente, limitato a questa situazione qui. Che cosa vede, in sostanza, nella presenza di più partiti, invece che di un partito di lingua italiana solo, nella Giunta provinciale di Bolzano? La presenza di un partito di lingua italiana c'è sempre stata in provincia di Bol-

zano. Gli italiani della provincia di Bolzano, scusate, i cittadini di lingua italiana — scusate se sono così impreciso nella dizione, ma è per brevità — i cittadini di lingua italiana, nella provincia di Bolzano, hanno sempre collaborato nella Giunta provinciale di Bolzano, non hanno mai fatto il gesto di sbattere la porta, come ha fatto invece la S.V.P. nei confronti della Giunta regionale. Ci saranno state, forse, situazioni diverse, le ammettiamo, le valutiamo, le comprendiamo, ma che cosa c'è di nuovo in questa giunta? C'è la presenza dei socialisti. E va bene, la presenza dei socialisti, ma perché la presenza dei socialisti possa essere veramente un elemento, uno strumento di integrazione, bisognerebbe prima dare per dimostrato questo: che la democrazia cristiana — e qui lei ha fatto una critica al suo stesso partito, sa — non ha voluto prima mettere in atto questo strumento per la integrazione, che non l'hanno voluto tutti gli altri settori del Consiglio regionale, e che adesso finalmente i socialisti hanno questo *verbum* nuovo per cui la loro presenza in Giunta sarà uno strumento di integrazione. No, non ci credo, pur credendo che i socialisti hanno la stessa volontà che abbiamo tutti noi di trovare un modo di scioglimento di queste vecchie e annose questioni; ma che questo possa essere uno strumento nuovo, una ricetta, una panacea miracolistica, per cui si possa dire: la Regione nell'anno 1965 incomincia dall'anno zero, perché tutto quello che è stato fatto prima è niente e solo adesso che ci sono i socialisti anche nella Giunta provinciale di Bolzano, in questo momento abbiamo aperta la strada della integrazione, domando scusa ma io non ci credo e fino a questo momento non ho ancora trovato i motivi di credibilità, *le rationes fidei*. Forse la dott. Menapace è abituata ad avere la fede e a badare poco alle rationes; io sono un ra-

zionalista, lo confesso: per credere ho bisogno delle *rationes fidei*. Vede, questa dottrina dell'integrazione è veramente suggestiva; io mi augurerei che la stampa, indipendentemente dal fatto che sia venuta da un partito anziché da un altro, che tutti quanti noi la riprendessimo; ma fra di noi abbiamo la coscienza di dire che è una parola, una parola buona, una parola utile, se vuole lei, per rappresentare uno spirito, ma non è una parola che dica qualche cosa di nuovo o che ci indichi una strada nuova. E adesso qui sì, dott. Menapace, mi consenta una battuta polemica nei suoi confronti, non personale: vede, al di là della dottrina della assimilazione e al di là della dottrina della integrazione, esiste una dottrina e una applicazione di tale dottrina, che è fondamentale, e che questa, mi scusi, non viene dalla parte sua confessionale o politica, viene dalla parte nostra, liberale.

Ecco perché io mi sono sentito inquieto nel momento in cui, trinciando un giudizio che era per lo meno inadeguato, si voleva qui tramutare il Consiglio regionale, che ha interessi politici, in uno di quei cortesi dibattiti sull'interpretazione storica del passato, nel quale ci siamo già trovati di fronte.

Alla base della integrazione o della assimilazione, sta un'altra dottrina, ed è quella della tolleranza, la tolleranza lockiana; sta alla base di queste due dottrine la dottrina dei diritti naturali, di Giordano Bruno, del Grotius; questo è ciò che sta alla base. Ora, le vere minoranze, quando sono nate nella storia con questi problemi e con problemi e patimenti più drammatici ancora di quelle che abbiamo adesso, sono nate sul terreno religioso. Quelle erano le minoranze, perché il mondo passato conosceva forse meno di noi le diversità biologiche e razziali. E se lei va in Val d'Aosta, e va a Gressoney la Trinitè, lì trova ancora una

minoranza di lingua tedesca, che è nata sull'humus religioso. Ma allora colleghi della democrazia cristiana, non venite a darci lezioni a noi liberali, perché mentre noi per primi creavamo e teorizzavamo la dottrina della tolleranza, voi teorizzavate e applicavate la dottrina della intolleranza; e sulla base della intolleranza non si sono mai risolte le questioni politiche, le questioni umane e neppure le questioni delle minoranze nel passato, e non si risolvono neanche oggi. Riconosciamo tra di noi, qui, che la dottrina principe, fondamentale, è quella della tolleranza lockiana, della tolleranza liberale, quella che non obbliga le minoranze ad abbandonare la loro terra, nè perché sono minoranze religiose, come è avvenuto spesso volte nel passato, nè perché sono minoranze nazionali come è avvenuto disgraziatamente anche di recente, e come non è avvenuto nel dopoguerra in Italia. E quegli stati, ai quali la parte sua politica dà tanto affidamento perché il futuro è dei socialisti, evidentemente, e dei regimi socialisti, e via dicendo, quegli stati, vuole avere la cortesia, non in quest'aula, ma fuori, in una conferenza che può esserci organizzata dalla Regione, — oltre alle conferenze sulla industria, sull'agricoltura, sul turismo, potrebbe anche essere utilmente organizzata una conferenza regionale sul problema delle minoranze — , vuol dirci, dopo che avrò fatto uno studio completo ed esatto, qual è la condizione delle minoranze linguistiche e culturali, oggi, in quei paesi, dove vige il verbo socialista, e qual è la condizione delle minoranze oggi nel mondo occidentale? Ecco, io questo glielo domando, e lei è, per onestà culturale, tenuta a rispondere a questo problema. Perché non si può allora l'assimilazione messa in atto dallo stato nazionaliberale, unirla con quella che sono state le assimilazioni forzate delle minoranze, fatte, non

soltanto dallo stato italiano fascista, fatte anche — e lo sappiamo quanto — dallo stato tedesco nazista; non si può accumunarle assieme. Non è questa la nostra dottrina. E ogni volta in cui ci si attribuisce delle dottrine che non abbiamo, io ho il dovere e il diritto anche qui di respingerle e di protestare violentemente. Perciò, senza togliere nulla di quella che è stata la sostanza del suo intervento, per lo meno perché ci ha consentito questo dibattito, io vorrei dire: guardiamoci senza prevenzioni anche su questo piano; non facciamo della cultura uno strumento che ci divida invece che uno strumento che ci unisce, e vedrà che dovrà correggere molte delle sue concezioni in merito al liberalismo e anche a quello che è stato il periodo risorgimentale. Glielo dico, non con tono di maestro, ma come lei a volte dice che qualcuno deve correggere qualche altra sua opinione, e niente di più.

E veniamo all'altro strumento, all'altro strumento proposto dalla dott. Menapace; no, non proposto, ma esaltato dalla dott. Menapace, come uno dei mezzi per la integrazione. Anche qui devo dire che le cose sono state rimpicciolite. Perché, guardi bene, io potrei dire, per esempio, che un mezzo per la integrazione è indubbiamente questo Consiglio regionale, perché ci stiamo qui da anni, ci dibattiamo, qualche volta anche violentemente, però, gira e rigira, si trovano delle soluzioni, che una volta sono di gradimento di una parte e una volta sono di gradimento di un'altra, ma in questa dialettica, in questa possibilità di parola, di dialogo, c'è sempre un *modus vivendi*. Lei si ricorda, dott. Menapace, la conferenza di Gabriel Marcel a Bolzano? Meravigliosa conferenza di questo saggio uomo, il quale, alla domanda che cosa fosse l'Europa, rispose: « l'Europa è la possibilità del dialogo ». Questa è la caratteristica della civiltà occidentale:

la possibilità del dialogo. Ora qui noi continuiamo a dialogare, continuiamo ad integrare le nostre opinioni, le nostre conoscenze, ad ampliarle, gli uni con gli altri: questa è integrazione. È integrazione il trovarci tutti a uno stesso tavolo e su questo piano mi pare che possa essere detto che è uno strumento di integrazione anche la programmazione, se questa programmazione obbligherà la Giunta provinciale di Bolzano, per alcuni suoi aspetti nel passato avversa a questi propositi di programmazione regionale, economica, a rivedere le sue posizioni e così la Giunta provinciale di Trento, la quale non è che abbia suonato la tromba della rivolta, come il dott. Magnago, ma, insomma, in sostanza, anche la Giunta provinciale di Trento ha detto: sì, sì, programmazione economica, però tu, Regione, ti fermi sul piano di quella che è la competenza urbanistica, perché questa tocca a me e via dicendo. Utile sarà la programmazione, se consentirà alle due province di obbligarle a trovare un terreno di incontro con la Regione, ma non più in là di questo, non facciamo un motivo di natura ideale, eh! Non mi pare che sia uno strumento che serva ai fini di quel futuro ideale che tutti quanti desideriamo, di convivenza e di integrazione, se la vuol chiamare così, di assimilazione nel senso einaudiano della parola, come ho detto io prima, che noi tutti quanti auspichiamo. Ma detto questo, il problema diventa estremamente interessante nella concretezza.

Adesso io termino di parlare di integrazione e di assimilazione, e passo a parlare del problema della programmazione.

Diventa estremamente interessante — così, non ne parlo più, era uno dei temi della discussione generale — diventa estremamente interessante, perché — e questa è una paura che io ho sempre — perché guai ai politici che vendono lucciole per lanterne; guai ai po-

litici che fanno sorgere le speranze, che magari, riflettendo meglio, si potrebbe dire fin dall'inizio che devono essere ridotte, devono essere ricondotte in un'area di realtà più modesta e più veritiera, perché, guardate, non mi negherete che con questo termine di « programmazione » — lei ha detto prima con quello di « socialità » ci si riempie la bocca — io dico che ci si riempie la bocca, oggi, con il termine di « programmazione ». È vero, collega Molignoni, la programmazione è uno degli elementi non nuovi, perché era un poco indicato anche nelle dichiarazioni programmatiche degli ultimi due anni, signor Presidente della Giunta, ma è uno dei temi che oggi, bisogna dir la verità, è arrivato a maturazione, si presenta perciò nella sua interezza e globalità.

Ma abbiamo mai fatto un inventario di quelli che sono i mezzi che abbiamo da programmare? Abbiamo fatto un esame accurato, se la Regione ha in mano i mezzi, gli strumenti per la programmazione? Perché, vedete, se per programmazione mi dite che abbiamo avuto il successo di ottenere dallo Stato che nella programmazione generale si inseriscano anche le programmazioni delle singole regioni, particolarmente della nostra, è stato una cosa buona, è stata una cosa buona ed utile, ma poi noi, che programmazione potremo fare, signor Presidente? Lei s'è reso conto di questo enorme problema? Infatti la programmazione abbisogna, — non parlo della pianificazione, perché per quello bisogna avere una disponibilità di mezzi, (non parlo di mezzi economici ma di mezzi legislativi), e anche di mezzi coercitivi di natura sociale, che non ha forse oggi neanche lo stato italiano, non solo la regione — ma per la semplice programmazione, avete fatto un poco osservazione ai mezzi che sono assolutamente indispensabili? Due di questi sono assolutamente indispensabili, fuori dei quali non c'è

programmazione, non c'è programmazione neanche orientativa; c'è un indirizzo che il governo prende, più o meno ragionevolmente, ed è utile o non utile che lo prenda, ma non arriva più in là. Bisogna, per ottenere una programmazione, innanzitutto determinare gli obiettivi della stessa, economici e sociali e i tempi per il raggiungimento degli stessi. Il fattore tempo è inscindibile da quello che è il piano programmatico.

Bisogna proiettare sul territorio questi obiettivi e la proiezione sul territorio di questi obiettivi non l'avete voi, Regione ce l'anno le province; le province hanno i metodi di proiettare sul territorio gli obiettivi della programmazione. Poi bisogna avere la potestà di imporre dei vincoli negativi; ma qui abbiamo ben un esempio: la provincia di Bolzano per questo ci è ben stata maestra, no, con la legge sul paesaggio? La legge sul paesaggio non è nata nello spirito della programmazione, o per meglio dire era una programmazione totale: impediamo tutto quello che è possibile impedire nell'Alto Adige, in modo da vincolare tutte le particelle, dalla prima fino all'ultima; particelle fondiarie, particelle edificiali, a questo vincolo paesaggistico. Io non so, ma siccome non son capace di fare dell'ironia, non vorrei che si fosse capito che questo dicevo ironicamente . . . Poi il reperimento e le indicazioni delle facilitazioni che l'ente programmatore intende fare per ottenere la collaborazione dell'iniziativa privata al raggiungimento delle finalità. Su questo, signor Presidente, mi consenta di dire, a mio avviso, che lei s'è già messo su una cattiva strada. Adesso non ho qui il testo delle sue dichiarazioni, ma c'è un passo che ricordo perfettamente a memoria, in cui non è più sulla posizione in cui era fino a questo momento; effettivamente qui l'apporto dei socialisti è stato determinante. Fino a questo momento lei diceva agli operatori

economici privati che era giusto che collaborassero con i piani della programmazione e via dicendo; c'è qualche cosa di più nella sua nuova dichiarazione: è quella di invitare gli operatori economici privati a prendere atto che essi ormai devono inserirsi nettamente all'interno di quelli che sono i piani dell'ente pubblico. C'è uno spirito nuovo, indubbiamente, in quanto lei ha detto. Ma guardi, i tre scopi della programmazione economica nazionale, sono che cosa? Lo sviluppo del reddito globale, avviandolo agli alti saggi — è tolto dal rapporto che tutti quanti abbiamo letto — la eliminazione degli squilibri territoriali e settoriali e l'appagamento di esigenze sociali, fundamentalmente sentite.

Questo potrebbe anche essere, fino a un certo punto di vista, tradotto in una azione, da parte dalla Regione. Ma se adesso veniamo effettivamente a chiederci se noi abbiamo gli strumenti per fare questa programmazione o meno, io credo di dover rispondere di no.

Non abbiamo gli strumenti per farlo. Perché? La Regione non ha la pienezza delle potestà legislative; e guardi che voler fare una programmazione economica generale, senza avere la pienezza delle potestà legislative, risulta di estrema difficoltà, è qualche cosa di intuibile facilmente. Secondo: non è neanche una programmazione che nei limiti delle proprie potestà e del proprio territorio possa essere indipendente, perché si inserisce territorialmente in un altro ente programmatore, che è lo Stato.

Voi tutti vi siete fregati le mani di gioia, e mi son fregato le mani di gioia anch'io nel momento in cui abbiamo visto che in questo piano quinquennale è stata inserita l'arteria dell'autostrada del Brennero, che la Provincia di Trento e quella di Belluno sono state dichiarate assimilabili, analoghe — domando scusa — analoghe alle aree depresse del Meridione, ma tutto questo viene da una presa di posizione au-

tonoma dello Stato; la Regione si inserisce in un secondo momento. La stessa potestà di programmare lo sviluppo economico della Regione è limitata alla potestà di natura urbanistica, di cui godono le Province. Ma poi, abbiamo noi, per esempio, i mezzi per poter dire: aumento il reddito fino a quel determinato livello? No, noi abbiamo i mezzi per poter dire: svolgiamo una politica di intervento, per esempio, nel settore dell'agricoltura, dell'industria e via dicendo, per aumentare il reddito generale, il reddito pro capite, ma non abbiamo la potestà — io sono convitto che non ci riuscirà neanche lo Stato — ma indipendentemente da questo noi non abbiamo la potestà per dire: arriviamo in questo tempo a quel determinato reddito. Abbiamo la possibilità di limitare i consumi della ricchezza prodotta? Guardate che se voi vedete il piano nazionale è lì, molto semplice e molto chiaro — lo dirò poi nelle cifre — tanto di aumento del reddito, tanto di devoluto ai consumi della ricchezza prodotta, della ricchezza non consumata, tanto riservato per gli investimenti produttivi, tanto riservato per quelli che sono chiamati « investimenti sociali », che è meglio chiamare « spese », perché sono spese, pur avendo un'importanza morale e sociale altissima. Ma come facciamo noi, come fate voi, Regione, a dire: io limito il consumo della ricchezza al 65%, per esempio, della ricchezza prodotta? Noi non abbiamo le possibilità di imporre questo corso all'economia dei consumi; abbiamo la possibilità di vincolare le risorse risparmiate per investimenti pubblici e privati produttivi o di natura sociale? Ma neanche questo abbiamo! Noi non abbiamo una potestà legislativa che ci consenta di dire, della ricchezza risparmiata, tanto va per investimenti produttivi e tanto invece per investimenti sociali. Il reddito nazionale è previsto che deve aumentare del 5%. Dio, come mi dispiace, collega

Molignoni, se avessi fatto domani questo intervento, l'avrei, credo, deliziato con la lettura di un articolo, di un uomo che so che lei stima moltissimo e che stimo moltissimo anch'io, di Paolo Rossi. Ma glielo prometto, glielo porto domani . . .

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Facciamo una pausa e lo leggiamo, perché merita sempre Paolo Rossi . . .

CORSINI (P.L.I.): Eh, ma l'ho a casa, sa, perciò è un po' difficile che lo possa leggere adesso. Se il signor Presidente vuole che interrompiamo e che andiamo a domani, io continuo domani . . .

PRESIDENTE: No, no.

CORSINI (P.L.I.): No? Va bene. Un articolo di Paolo Rossi, in cui — e non sarà sempre evidentemente il cattivo liberale che parla, è un socialdemocratico — in cui critica proprio, nello stesso identico modo, questa parte del piano quinquennale, perché parla della impossibilità di prevedere con certezza un aumento del 5% costante, per i cinque anni.

Poi il piano quinquennale prevede che sia riservato ai consumi soltanto il 64% delle risorse disponibili e che col restante 36% — percentuale che a me pare, in verità, elevatissima — si facciano investimenti produttivi pubblici e privati per il 14,5% e spese o investimenti sociali, per il 21,5%.

Una programmazione, senza la possibilità di operare per l'aumento entro un determinato saggio e con la sicurezza di arrivare a quel saggio del reddito; una programmazione senza la possibilità di poter fare il taglio netto tra un

per cento della ricchezza prodotta che debba essere riservato ai consumi e un per cento della ricchezza prodotta che debba essere riservato agli investimenti produttivi o di natura sociale, una programmazione che non abbia la possibilità di tradursi sul terreno urbanistico, una programmazione che non abbia la possibilità di che cosa? Di operare sul settore del credito, perché è operando sul settore del credito che riusciamo a impedire il consumo di quell'altra percentuale della ricchezza, o a determinare il volume degli investimenti produttivi o sociali, una programmazione senza questi strumenti in mano, chiamiamola programmazione, se volete, va bene, ci fa piacere, qualche cosa faremo, indubbiamente, ma non certo della programmazione, dalla quale ci si possa attendere, né la soluzione dei gravissimi problemi economici che investono la nostra regione, e neanche la soluzione dei problemi di natura, di rapporti con le minoranze, perché caso mai, se qualche cosa avverrà nel futuro, avverrà questo: che alle Province si trasferiranno sempre maggiori competenze e maggiori mezzi, sentiremo qui la diatriba cortese che sorgerà nel momento in cui si tratterà di mantenere quel capitolo in conto art. 70, di 360 milioni e come dividerlo, e via dicendo, per cui ho l'impressione che anche con la buona volontà, questo terreno su cui ci si vuol mettere, della programmazione concordata fra Regione e Province, pur avendo la sua utilità, perché mette allo stesso tavolo uomini di enti diversi, si risolverà in motivo, caso mai, di ulteriore contrasto, piuttosto che di integrazione e via dicendo. Anche perché sono le economie della due Province, che sono diverse, è lo stato di ricchezza della due province che è diverso, oltre a esserci quella diversità, alla quale è stato accennato, che lassù esiste un problema di natura minoritaria, mentre qui da noi non esiste. E qui vorrei dire, senza sbilan-

ciarmi troppo, che concordo in parte su un tema toccato dal cons. Jenny; sono convinto che se nel passato, ma ormai è inutile fare il processo alle recriminazioni, ma sono convinto per esperienza diretta, che se almeno nel futuro, in provincia di Bolzano, molti problemi di natura economica venissero osservati esclusivamente con gli occhi dell'economista o con gli occhi di chi osserva i problemi sociali e non ci fosse invece qualche impostazione di preoccupazione di mutare situazioni tradizionalmente consolidate — lei le ha chiamate dei conservatori o via dicendo — si sarebbe potuto fare di più nel passato e si potrà fare di più indubbiamente in avvenire. Bisogna che la provincia di Bolzano si integri in questo senso qui, di non considerarsi come qualche cosa di chiuso e di avulso da quanto avviene in tutto il restante dell'Europa occidentale e del mondo. Le finestre sono state aperte. Lei ha parlato un momento fa della mancanza di conoscenza della rivoluzione francese; e sarebbe molto interessante che da questo punto di vista si rivedesse un po' tutta l'agiografia su Adreas Hofer; quest'uomo che ha avuto indubbiamente dei meriti. Io ne ho fatto una mezza pagina di panegirico, sa, gliela dedico un giorno, gliela porto, gliene faccio un omaggio; un panegirico ne ho fatto, per la onestà di quest'uomo, per la tenacia con cui ha difeso la sua terra dagli invasori stranieri; ho detto, ho ricordato anche che è stato un eroe, a volte. Nel risorgimento italiano girava sui teatri della provincia di Vicenza, della provincia di Mantova, a Milano, girava una tragedia — una copia esiste nell'archivio di Torino — in cui i patrioti italiani rappresentavano il dramma di Andreas Hoffer, perché era il loro dramma, era il dramma dell'uomo che combatteva per la libertà e per l'indipendenza della propria terra. Però accanto a questo, se c'è stato un uomo che non ha voluto

prendere atto che c'era stato di mezzo il 1789, il 1793, la dichiarazione dei diritti, che c'era stata di mezzo tutta la rivoluzione francese, che il nuovo verbo del mondo era: uguaglianza, libertà e fraternità — be', la fraternità lasciamola stare, ché sul piano politico forse l'avrà avuta anche Andreas Hofer, io non lo nego — ma uguaglianza e libertà, ecco, questo è stato proprio Andreas Hofer. Questo, senza che sia offesa per nessuno, è il giudizio di uno storico, modestissimo e di un politico ancora più modesto. Credo che oggi una costellazione negativa viva ancora sull'Alto Adige, e che questa costellazione negativa sia proprio lo spirito di Andreas Hofer. Questo dico senza fare nessuna offesa a quello che Andreas Hofer ha rappresentato dal punto di vista degli ideali nazionali e di indipendenza della sua terra.

Ciò detto, non vorrei che domani qualcuno saltasse su e, come lei ha detto: ma allora se sei un socialdemocratico con queste idee, sei un comunista, dicesse a me: ma se sei un liberale con queste idee, allora sei un socialdemocratico. Ecco perché vado con una certa cautela.

PREVE CECCON (M.S.I.): Se lo dice Donoso Cortes, sei morto!

CORSINI (P.L.I.): Ora, vede, non c'è — e ho ben chiuso — non c'è la possibilità di una programmazione effettiva, da parte della Regione. Perciò sviluppiamolo questo strumento, indubbiamente, per quello che può valere, esaminiamo con attenzione tutti i modi in cui la Regione può intervenire, ma io sono ancora legato alla convinzione che la programmazione che possiamo fare noi è una programmazione di scelte e di incentivazioni in quei settori sui quali è caduta la nostra scelta prioritaria.

È inutile che venga qui Mazzocchi a farci i discorsi che ci ha fatto alla conferenza regionale dell'industria. Mi pare che se vogliamo tenere i piedi nelle nostre scarpe e avere una visione realistica, la nostra capacità di programmazione a questo si limita. Ed ecco perché io sono convinto che il dibattito — ormai di quest'anno no, perché ormai è ora di finire il più presto possibile — ma l'anno venturo il dibattito dovrà riprendere su temi specifici: la scelta di interventi in determinati settori, di incentivazioni e così via. La nostra programmazione si limiterà a questo.

E io vorrei proprio — chiudendo — liberarmi da un senso di responsabilità personale, di gruppo e di partito. Vorrei che le popolazioni della regione Trentino-Alto Adige sapessero che il partito liberale non ha obiezioni di fondo nei confronti di una programmazione che rimanga nei limiti della programmazione indicativa, sia pure audace finché si vuole; ma non ritiene che la programmazione sarà una panacea per la soluzione dei problemi della nostra convivenza regionale e neppure per la soluzione della grave crisi economica in cui versiamo.

Io chiudo con l'invito che ho fatto lo scorso anno: signor Presidente, studiamo la programmazione, studiamola finché vogliamo, ma per adesso si ricordi che c'è un malato che ha bisogno di ossigeno, ed è l'economia di tutta la regione. Il modo per farne un essere perfetto lo studieremo, intanto facciamolo guarire, perché non muoia.

PRESIDENTE: La seduta è tolta, viene rinviata a domani mattina alle 9,30. Prima della continuazione della discussione sarà trattata l'interpellanza del cons. Jenny.

(Ore 13,30)